

Zusammenfassung M1a WiSe2019

1. Einheit – „Kritische“ Politikwissenschaft

Anschluss an die „Kritische Theorie“/Frankfurter Schule:

- gesellschaftstheoretischer Zugang zur Politik, i.e. politische Normen, Institutionen, Verfahren entstehen aus gesellschaftlichen Zusammenhängen
- normativ-gesellschaftsverändernder Zugang zu Wissenschaft => Praxisbezug

Was ist kritisch?

Politische Theorie

- Erklärung (der Transformation) politischer Institutionen aus gesellschaftlichen Zusammenhängen, z.B. Transformation liberal-repräsentativer Demokratie im Kontext neoliberaler gesellschaftlicher Veränderungen
- Normativer Zugriff auf politische Institutionen und Verfahren, z.B. „radikale Demokratietheorie“, „deliberative Demokratietheorien“, Unterscheidung zwischen „die Politik“ und „das Politische“; Zusammenhang von Gleichheit und Freiheit in Demokratien(-theorien)

Vergleichende Politikfeldanalyse

- Wie spiegeln sich gesellschaftliche Praktiken und Kategorien des Ein- und Ausschlusses in bestimmten Politikfeldern/Politiken wider und wie produzieren sie Politiken?
- Fokus auf die Bedeutungsfunktion bei der Analyse von Politikfeldern und qualitativen Methoden
- Themen am IPW:
 - Gesundheit, Zukunft der Arbeit, Digitalisierung

Geschlecht und Politik

- Politikwissenschaftliche Frauen- und Geschlechterforschung versteht sich seit ihrer Etablierung im deutschsprachigen Raum in den späten 1980er-Jahren als kritische Wissenschaft im dreifachen Sinn:
 1. Erstens: Kritik politischer und gesellschaftlicher Verhältnisse, die die Diskriminierung von Frauen als Gruppe bzw. die Privilegierung der Gruppe der

Männer verursachen und reproduzieren. Politische Unterrepräsentation von Frauen, z.B., wird nicht allein im politischen System, sondern in sozialen und ökonomischen (Kräfte-)Verhältnissen verortet – in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zwischen bezahlter Lohn- und unbezahlter Sorgearbeit.

2. Zweitens: politiktransformierender Anspruch, d.h. mit kritischem Wissen herrschaftsförmige Geschlechterverhältnisse in Politik und Gesellschaft verändern
 3. Drittens: Wissenschaftskritik, z.B. die Geschlechtsneutralität politikwissenschaftlicher Begriffe und Konzepte in Frage stellen und den maskulinistischen Bias von Theorien und Begriffen wie Staat, Regieren, soziale Bewegung, Demokratie, Citizenship, Macht und Repräsentation deutlich machen
- intersektionaler Ansatz: Geschlecht als Herrschaftsstruktur, die mit weiteren Herrschaftsstrukturen interagiert bzw. zusammenwirkt: Klassen- und Sexualitätsverhältnisse, Religion, Nationalität und Ethnizität => politikwissenschaftliche Queer-Studies

Internationale Politik

- fokussiert auf zwei Begriffspaare:
 1. Global Governance (als institutionalistischer Ansatz) und Internationalisierung des Staates, basierend auf kritischer Staatstheorie => kritische Staatstheorie basiert auf materialistischen Herangehensweisen an Staatlichkeit
 2. Ökologische Krise (Großteil der Ansätze) und Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Das Konzept „gesellschaftlicher Naturverhältnisse“ begreift Natur, Gesellschaft, Staat und Politik als Bedingungsgefüge, d.h. die Natur „ist nicht natürlich“, sondern immer durch gesellschaftliche Verhältnisse/Interessen hervorgebracht.

2. Einheit – Politik, Demokratie, Gesellschaft

- Geschlechterkonzept in der Politikwissenschaft nach Text von Kreisky (2004)
 - Geschlecht als politische und politikwissenschaftliche Kategorie
 - Geschlechterforschung als kritische Wissenschaft

Mehrere Dimensionen der Kritik:

1. Kritik an der Politikwissenschaft als Fach

- 1.1. Kritik am Zitat, Kritik am Androzentrismus als Methode (Kreisky, 2004, S.27) → das Männliche / Männlichkeit / Männer wird ins Zentrum der Wissenschaft gestellt → implizit auch in Begriffen verankert und normalisiert → männliche Lebensformen werden als Normen genommen.
- 1.2. Kritik am männl. Wissenschaftsbetrieb → Inhalte der Wissenschaft → Kritik am Androzentrismus in der Wissenschaft = Dekonstruktion von Begriffen / Theorien...usw. also der Wahrheitsansprüche androzentristischer Wissenschaft → vermeintliche Geschlechtsneutralität versteckt männliche und androzentristische Vorannahmen / Bias
 - 1.2.1. Rekonstruktion von Begriffen und Konzepten → „engendering“ = Geschlecht soll sichtbar gemacht werden.

Exkurs: Unterschiedliche Ebenen von Geschlecht als politikwissenschaftlichen Kategorien – Dimensionen des engendering / der Kategorie Geschlecht nach Kreisky

1. Sex (sehr binär) & gender (etwas, dass man zuschreibt) Unterscheidung biologisches vs. soziales Geschlecht → Gender = Rolle, askriptives Merkmal
 2. Geschlecht als soziale Konstruktion und Praxis (doing gender) → Performativität → Routinen → Verweigerung: undoing gender → gender muss also immer wieder reproduziert werden
 3. Geschlecht als Habitus = Einverleibung von Geschlecht als Form symbolischer Gewalt → gesellschaftliche Konventionen und Normen werden einverleibt → in Anlehnung an Staatsgewalt → hat symbolische Gewalt über, um Menschen in binären Geschlechtern zu erziehen. (Bsp. Personenregister)
 4. Gesellschaft als soziale Strukturkategorie (Verhältnis Patriarchat und Kapitalismus) → Geschlecht ist unabhängig von Performativität, denn es ist eine gesellschaftliche Struktur bzw. in ihnen eingelassen. Das Patriarchat bringt zwei hierarchisch angeordnete Geschlechter hervor → Menschen die in diesem System und dieser Gesellschaft leben, können sich dem nicht einfach entziehen.
 5. Geschlecht als Relation (Regina Becker-Schmidt): bringt gesellschaftliche Strukturen hervor oder entsteht auch daraus → Strukturkategorie ist Ergebnis der Biologie des 19. Jhdt. → Biologie war damals eine Leitwissenschaft, die versucht hat alle Phänomene biologisch zu erklären (Geschlecht, Ethnizität, Race) → Biologie war damals eine Leitwissenschaft, die versucht hat, alles zu erklären mit Biologie
2. Kritik von pol. & ges. Verhältnissen, die die Diskriminierung von Frauen als Gruppe bzw. die Privilegierung der Gruppe der Männer verursachen & reproduzieren.

- Repräsentation= ein Prinzip= etwas präsent sichtbar machen, dass nicht anwesend ist.

→Grundlegendes Prinzip der Demokratie → oder Demos/das Volk in seinen Interessen vertreten durch RepräsentantInnen →normalerweise über Wahlen ausgewählt.

→Vertritt das Volk nicht direkt, sondern dessen Interessen

→Sichtbarkeit von Frauen in Parlamenten ist vergleichsweise niedrig → F. daher in Demokratien unterrepräsentiert (letztes Parlament ca 34% → ÖVP/FPÖ)

- Ursachen der pol. Unterrepräsentation von Frauen in pol. Entscheidungsräumen:
 - Angebotsseite (hat sich durch Einführung der freiwilligen Quote gebessert) (F wollen keine politische Macht → kleiner Mandantinnen-Pool bei Wahllistenerstellung)
 - Nachfrageseite (Parteien stellen zu wenig F auf Wahllisten auf bzw. umgehen die Geschlechter-Klippen des Wahlsystems & produzieren so weibl. Unterrepräsentation)
 - Medien als „Problem“: Darstellung von Politikerinnen ist diskriminierend → nur für weitere Politikfelder kompetent
 - Wahlsystem als „Problem“ (Mehrheits-/Verhältnisswahlsystem Bsp: Österreich) → Mehrheitswahlsysteme diskriminieren viel stärker F. als Verhältnisswahlsysteme
- Pol. Unterrepräsentation von F. ist nicht alleine im pol. System, sondern in soz. & ökon. (Kräfte-) Verhältnissen verortet – in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung zw. Bezahlter Lohn- & unbezahlter Sorgearbeit
 - Arbeitsteilung als Verhinderung pol. Partizipation & Repräsentation
 - Kritik am Mechanismus der Repräsentation
 - Kritik der Fokussierung auf Quoten für Frauen

3. Kritik der pol. Verhältnisse → politik- & gesellschaftstransformierender Anspruch, d.h. mit kritischem Wissen herrschaftsförmige Geschlechterverhältnisse in Pol. & Ges. verändert werden → kritische Powi stellt also nicht nur Konzepte & Begriffe in Frage, sondern auch pol. Verhältnisse in Form von:

→Politikberatung

→NGO-Beratung } in Geschlechterfragen

- Alternative Entwürfe → Gegenmodelle: von Demo., demo. Handeln, demo. Praxis z.B. neuer, weiter Politikbegriff (der Alltagshandeln als pol. Handeln begreift) „Geschlechter Demokratie“, Basisdemokratie, präsentische Demokratie

Grundlage aller Entwürfe:

- Transformation androz. Arbeits- & Lebensverhältnisse; Kritik von Gewalt gegen Frauen (gegen Demokratieproblem).

Literatur Kreisky

Def. Begriff: Komplexe an Vorstellungen/Wertungen über zentrale merkmale von gegenständen/Phänomenen -> Benennung u. Definitionen greifen in ges./pol. Verhältnisse ein (S.24)

Def. Kategorie: Beinhalten Grundaussagen und stehen für Gattungen/Gruppen von Begriffen, drücken allgemeine Merkmale u. Zusammenhänge aus (S.24)

Def. Theorie: begriffliches und kollegiales Netz, um Welt zu begreifen; Erklärungsgewinn und Praxisrelevanz (S.24)

Traditionelle Frauenforschung: Gegenstandsbereich um Frauen komplementiert; Fokus auf frauentypische Lebensbereiche (Familie) und weiblich kodierte Tätigkeitsfelder (Haushalt, Kindererziehung); später auch Frauenarbeit,- bildung, Wahlbeteiligung in Funktion für Gesellschaft der nicht als souveränes Subjekt. (S.29)

Fem. Frauenforschung: fragt nach ges. Ursachen für Ungleichheit, Ziel der Emanzipation, versteht sich als politische Kraft (S.29)

Geschlechterforschung: Verschiebung von Mikro- auf Makroebene, soziales Verhältnis, Geschlecht als Strukturkategorie, als Form kritischer Theorie (S.30)

3. Einheit – Geschlecht und Sexualität. Politikwissenschaftliche Heteronormativitätskritik

M1a 3. Einheit: Geschlecht & Sexualität. Powi: Heteronormativität

1. Warum sind G. & Sexualität politisch & Bestandteile der powi Forschung?

- Rückblick: G als ordnende Kategorie ges. Verhältnisse
➔ Anhand von androzentristischen, sexistischen & patriarchalen Linien

- Weiter Politikbegriff: ges. Dynamiken & Machtverhältnisse werden thematisiert -> so auch G & Sexualität -> werden politisch ausgehandelt
→ Fasst nicht nur politische Institutionen
- „Das Private ist Politisch!“
→ War nicht Teil der Aushandlungsfläche
- Weiterentwicklung der powi Geschlechterforschung: Hinterfragen von „natürlicher“ heterosexueller Zweigeschlechtlichkeit (weil sie die Ges. ordnung aufrecht erhält)
→ Thematisierung der Sexualität

2. Was wird unter Sexualität & Heteronormativität aus einer kritischen powi Perspektive verstanden?

- Sexualität als ordnendes Prinzip ges. Verhältnisse
→ Sowie auch G
- „Ordnung“ anhand der Heteronorm
→ Bsp. HS Paare dürfen heiraten Homos nicht
- Heteronormativität?
→ Ungleich Heterosexualität, aber HS als Norm
→ Verknüpfung mit weiteren ges. Machtverhältnissen
→ Geht nicht nur um sexuelle Normen, sondern auch pol. Öko. & soz.

Exkurs Judith Butler

- HS als Machtformation bringt zweigeschlechtliche Körper & Subjekte hervor
→ Zusammenhang G. & Sexualität

Wirkt dadurch

- HS Matrix: „das Machtdispositiv, durch welches das Konstrukt eines natürlichen Geschlechterkörpers sowie natürliche Zweigeschlechtlichkeit hervorgebracht wird.“ (Ludwig 2012)
- Performative Praxen
→ Einnehmen von G. Rollen (u.a.)
→ Anrufung durch den Staat/& andere Individuen
→ Materialisierung v. G & Sexualität in den Körper

Heteronormativität...

- Entwickelt in Anlehnung in das Konzept der heterosexuellen Matrix
- Als politisches Analysetool nicht mit Fokus auf den Individuen
- Als machttheoretisches Instrumentarium
- Um die hierarchische Ordnung der Ges. anhand der Kategorien Sexualität mit all ihren Verbindungen in andere Ges. Bereiche zu erfassen

- Um eine kritische Beschäftigung mit Sexualität zu ermöglichen, die Machtverhältnisse aufdeckt & dekonstruiert

Queer Theorie

- Theor. Hintergrund
 - ➔ Poststrukturalistische Theorie
 - ➔ Dekonstruktivistische Theorie
- Ges.-politischer Hintergrund
 - ➔ „queer“ als angeeignetes Schimpfwort (abnormal/pervers)
 - ➔ „AIDS-Krise“ & Proteste
 - ➔ Politik der Wut & aktivistische Bündnispolitik

⇒ Queer als Sammelbegriff für nicht normale Sexualitäten & Queer Theorien als Trägerin von Kritik & Widerstandsmomenten

3. Wie ist das Verhältnis von Staatlichkeit & Individualität durch eine heteronormativ vergeschlechtliche Perspektive geprägt?

- Leerstellen:
 - ➔ Lange keine Beschäftigung mit dem Staat als queertifem. Perspektive
 - ➔ Que(e)rdenken von bereits existierenden Staatstheorien: Berücksichtigung von Körpern, Sexualität & Subjekten, subtile Formen v. Macht & Herrschaft.

⇒ Staat= in der Queertheorie ein Konglomerat prozesshafter & veränderbarer Machtverhältnisse, die alles durchziehen

Exkurs Michel Foucault

- Produktiver Machtbegriff: Macht nicht nur als Gesetz & Verbot, sondern auch als etwas Erschaffendes
- Machtverhältnisse: wechselseitiges Einwirken von Handlungen auf Handlungen anderer
- Führung, Regierung, Gouvernmentalität: Selbsttechnologien & Regierungstechniken

- Biomacht: am Leben der Menschen ausgerichtet
 - ➔ Wirkt auf Körper als Disziplin
 - ➔ Wirkt auf Bevölkerung als Regierung

Sexualität & Biomacht

- Sexualität als Schnittstelle zw. Der Regierung des Körpers & der Bevölkerung
- Sexualität sowohl Zielscheibe als auch Gegenstand der Biomacht

⇒ Ausdehnung der Sexualität, Sexualität als Staatsangelegenheit

Subjektkonstitution (=Herstellung eines Subjekts) & Subjektivierung (=Herstellung eines Subjekts aus sich selbst heraus)

- Best. benötigte Subjektform für best. Ges. form, um Regierung möglich zu machen
- Bsp: „westl“, „moderne“ Ges. : „freies“, unabh. Subjekt
- In der Subjektkonstitution treffen sich Selbsttechnologie (Körper) & Regierungstechniken (Bevölkerung)

Staat & Subjekt

- Staat (hier):

Effekt ges. Praxen = machtvollste Praxen von Individuen, Gruppen & Institutionen, die sich als Staat kristallisieren

- „Moderner“ Staat & freies Subjekt sind ko-konstitutiv:

Machttechnologien werden in „freie Entscheidungen“ des Subjekts übersetzt, die über die Subjektivierung wirken.

Exkurs Antoni Gramsci

- Hegemonie
 - ➔ Machtformulation
 - ➔ Zivilges. Praxen & Auseinandersetzung als Basis
 - ➔ Unterschiedl. Positionen mit unterschiedl. Möglichkeiten

- ➔ Konsens, den alle (mehr oder weniger) mittragen, der aber auch Konfliktpotential & Widersprüche beinhaltet, die manchmal aufbrechen

Heteronormative Hegemonie

- Heteron. Machtverhältnisse (Zweigeschlechtlichkeit, Kleinfamilie...) als ges. Konsens
- Analysetool
- Wie werden Vorstellungen v. G. & Heteronorm. In zivilges. Arenen ausgehandelt & verstaatlicht?
- Wie sehen die konkreten Resultate ihrer Auseinandersetzung aus?
- Wie gestalten sich Subjekte aufgrund dieser Machtformationen & wie werden sie regiert?

Subjektivierung & Körperlichkeit

- Voraussetzung für die Konstitution eines „freien“ Subjekts
 - ➔ Ein eigener Körper
 - ➔ Besitzverhältnis als Grundlage für Freiheit (in kapitalistischer Gesellschaft)
 - ➔ Selbsttechnologien über den eigenen Körper

Queerfem. Erkenntnisse

- Vorstellung eines „natürlichen“ Geschlechts in der heteron. Hegemonie
 - ➔ G verfestigt sich in den Körpern (durch Zuschreibungen, performative Handlungen, ...)
 - ➔ Erst durch „inneren, vergeschlechtlichte Kern“ können Regierungstechniken zu Selbsttechnologien werden
- ⇒ Sexualität & G. als Schnittstellen zw. Subjektivität & Staatlichkeit

Exkurs: Intersektionalität

- Vergeschlechtlichung & Sexualisierung nicht einzige Macht-Mechanismen bei der Subjektwerdung
- „race“ bzw. Ethnie, Klasse, Befähigung, Alter & viele weitere Kategorien wirken machtvoll & konstruieren Körper & Identität mit
- Verschiedene Kategorien überschneiden sich & wirken zusammen -> Intersektionalität als gemeinsames Erfassen der unterschiedl. Diskriminierungslinien ihrer Auswirkung
- Hier: nur best. Subjekte können ihren Körper als ihren Besitz konstruieren & ihre Subjektivität als frei bezeichnen

Powi Heteron.-kritik ermöglicht

- Das Erkennen der Kategorien G & Sexualität & ihrer Machtverhältnisse in der Ges.
- Das Aufdecken der körperlichen & psychischen Dimensionen in denen Subjekt & Staatlichkeit entstehen
- Das Hinterfragen & Verschieben hegemonialer Verhältnisse (heteron. Hegemonie ≠ Determinismus)
- Das Benennen von gewaltvollen Bedingungen & Konsequenzen, die mit G & Sexualität zusammenhängen (Bsp. Normative Gewalt)

Heteron. Hegemonie im Neoliberalismus

- Unternehmerisches „freies“ Subjekt: flexibel & vielseitig
- Flexible Hereinnahme nicht-normativer Sexualitäten, die die Hegemonie verschieben aber nicht angreifen
- Ausweitung der Norm, Heteronormativität
- Homonationalismus
- „neoliberale Diskurse (forcieren) eine Pluralisierung sexueller Subjektivitäten & Lebensformen“

⇒ Selbsttechnologien & Regierungstechniken werden flexibler & vielseitiger

Zmmf.

1. G & Sexualität sind Bestandteile der (kritischen) Powi Forschung, da sie von hierarchischen Machtverhältnissen durchzogen sind, die die Ges. ordnen.
2. Heteron. Ist jene Machtform, durch deren Kritik die hierarchische Ordnung der Ges. anhand der Kategorie Sexualität mit all ihren Verbindungen in andere Ges. Bereiche (Öko., Pol., Alltag) erfasst & kritisiert werden kann.
3. Das Verhältnis v. Staatlichkeit & Subjektivität ist, aus einer heteronormativitätskritischen Perspektive betrachtet, ko-konstitutiv. Die Sexualität liegt dabei an der Schnittstelle zw. Der Regierung des Subjekts & der Bevölkerung.

Literatur: Ludwig- „Wie Sex(e) zur Staatsangelegenheit werden und was Staatsangelegenheiten mit Sex(e) zu tun haben“?

Queertheoretische Annäherung an Staatlichkeit

- Beginn Staatstheoretische Überlegungen mit Wandel des Nationalstaats -> Abbau wohlfahrtstaatlicher Politiken, Bedeutungszunahme supranationaler Politiken und steigende Integration von Frauen in pol. Ämter und Zunahme von Gleichstellungspolitiken und Anerkennungspolitiken gleichgeschlechtlicher Lebensweisen (S.97)
- -> theoretisch verengt -> Staat nur als juristisches Gebilde -> verstellt Blick auf Machtformen wodurch Staat erst zur wirkmächtigen Instanz werden kann (S.98)
- -> Staat als subtile Regierungsweise von heteron. Körper-und Subjektkonstruktion im Modus der Führung (S. 99)

Das Subjekt als Staatsangelegenheit

- Sexualität als Zielscheibe und Gegenstand der Biomacht
- Zusammenspiel von Staat & Subjektkonstruktion ist Effekt von und Voraussetzung für Biomacht (Erhaltung und Nutzbarmachung der ganzen Art)
 - =dringt in winzigsten und individuellen Verhaltensweisen vor
 - Regulierung des Sex(e) wird zur Staatsangelegenheit -> Staat muss wissen wie es um den Sex der Bürger steht und wie sie davon Gebrauch machen (S. 101)
- Besitzverhältnis als Grundlage für Freiheit
Staatliche Machtausübung (Regieren) zielt auf Hervorbringung spez. Form des Subjekt-Seins ab -> Regierungstechniken und Selbsttechnologien -> Regieren über Selbsttechnologien -> Möglichkeit unter Achtung von Freiheit und Souveränität der Subjekte staatliche Macht auszuüben -> Machttechnologien können in freie Entscheidungen des Subjekts übersetzt werden -> ermöglicht erst eine best. Form von Staatlichkeit (Transformation von Gouvernamentalität ins ges. Praxen) -> Verhältnis von Staat und Subjekt ko-konstitutiv (S. 102 f.)

Heteronormative Hegemonie

- Konstitution binär vergeschlechtlichter Subjekte als Effekt staatlicher Macht (p. 103)
- = in einem bestimmten geographischen Raum zu staatlicher Macht geronnener Formation gesellschaftlicher Praxen → Basis zivilgesellschaftlicher Praxen und Auseinandersetzungen über die Führung operiert (p. 104)
- → Regieren als Modus operandi der heteronormativen Hegemonie (p. 105)

- = offen → Dynamik der permanenten Transformation → ermöglicht zugleich Stabilität durch die Integration von Kritik (p. 105)
- → nur wenn Subjekte keinen eigenen Körper zu besitzen, können diese als freie und souveräne regiert werden
 - erst die Materialisierung von Geschlecht in einem ‚naturgegebenen‘, zweigeschlechtlichen Körper macht diesen zum eigenen.
 - Von Beginn an bürgerlich, weiß, männlich und Weiblichkeit als Abweichung davon konstruiert.
 - Wird vom Körper besessen, nicht vica versa → Begründung Ungleichheit und Hierarchie → Konnex: Intersektionalität (p. 105 ff.)

Körperliche und psychische Dimensionen staatlicher Macht

- Zweigeschlechtlicher Körper als Materialisierung einer historischen, spezifischen, staatlichen Machtformation als Bedingung für intelligentes Subjekt (p. 107)
- Geschlecht neutralisiert → unsichtbar gemachte Machtformation (p. 107 f.)
- Durch Anerkennung von Zweigeschlechtlichkeit → staatliche Macht ins eigene Ich aufgenommen → fortgeschrieben (p. 108)
- Ko-Konstitutive Bindung zwischen Subjekt und staatlicher Macht ABER nicht determiniert (p. 108)
- Zweigeschlechtlichkeit als normative Gewalt, Form staatlicher Gewalt (p. 109)

Neoliberale Transformationsprozesse von Staatlichkeit und Subjektkonstitution

- Markt als organisierendes Prinzip und Begründung von Regierungshandeln → als unternehmerische Subjekte regiert (p. 110)
- Heteronormativität basiert auf flexibler Hereinnahme von Homosexualität
 - Toleranz und Vorbildfunktion
 - Heteronormativität wird pluralisiert und flexibilisiert → Ausweitung der Norm
- ABER immer noch naturgebundene Zweigeschlechtlichkeit, Homosexualität als Devianz
 - Und andere Abweichungen (Polygamie) immer noch als a-normal angesehen und gewaltvolle Vereindeutungsprozesse an intersexuellen Objekten. (p. 110f.f)

4. Einheit – Geschlecht, Frauenbewegungen und Politikwissenschaft

1. Zusammenfassung von relevanten Inhalten der letzten Einheiten für diese Einheit

- Geschlecht als gesellschaftliches Verhältnis.
- Geschlecht nicht als naturgegebene zwei Geschlechter, sondern als asymmetrisches Machtverhältnis, die in der Gesellschaft soziale Ungleichheiten produzieren, reproduzieren und verfestigen.
- Ist nicht nur Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen, sondern auch Subjekte politischen Widerstandspotentials.
- Geschlechterverhältnisse in zwischenmenschlichen Beziehungen und in gesellschaftlichen Strukturen verankert (stabil, nachhaltig, institutionalisiert), aber auch veränderbar (dynamisch, interaktiv, relational)
- Geschlechterverhältnisse mit *Staatlichkeit* verknüpfen in dem wir Staatlichkeit als „soziales Kräftefeld“ verstehen, auf dem sich soziale und kulturelle Differenzen zu konflikthaftern Ungleichheitsstrukturen verknüpfen (Sauer 2009, 14) Unterschiede und Differenzen zwischen Individuen und Gruppen sind sozial konstruiert (sind also nicht gegeben oder natürlich).
- Der bürokratische Staatsapparat: Ort und Ergebnis der Verdichtung und Institutionalisierung von gesellschaftlichen (Geschlechter-)Verhältnissen (ebd.)
- Staat: eine politische Form, die Ungleichheiten kapitalistisch- patriarchaler Vergesellschaftung verarbeitet, diese reproduziert und miteinander verknüpft (Sauer 2012, 3)
- Liberales Vorstellung: Unterscheidung zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Wir können aber staatliche Strukturen nicht von gesellschaftlichen Strukturen trennen, denn sie haben eine Wechselwirkung aufeinander. Staat strukturiert Gesellschaft und Gesellschaft beeinflusst Staat.

Welche Ungleichheiten werden konkret miteinander verknüpft?

- Intersektionalität: beschreibt die Tatsache, dass Ungleichheitsstrukturen gegenseitig bedingen, verfestigen und verschärfen. Verhältnisse der Geschlechter, Klasse, Race, Ethnizität, sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität, Nationalität, Alter...
- Sind strukturell und historisch sehr eng verknüpft. Findet diese Ungleichheiten daher in der Gesellschaft nicht isoliert voneinander vor.
- Entstanden in den wissenschaftlichen und aktivistischen Arbeiten der Black feminists und feminists of color.

- Geschlechterungleichheit wird immer im Zusammenhang mit anderen Formen der Ungleichheit produziert und reproduziert

Welche Rolle spielt der Staat dabei?

- Die intersektionalen Ungleichheiten werden durch sowie innerhalb den/des Staates politisch institutionalisiert (Sauer 2012) Sie werden in Institutionen gegossen und Ressourcen des Staates werden gewissen Gruppen zugesprochen und anderen nicht. Auch Repräsentation und Identität sind relevant. Welche Formen der Sexualität, des Geschlechts und Ähnliches werden anerkannt und welche nicht?
- Staatlichkeit also: die Verdichtung von Differenz- und Ungleichheitsstrukturen, die miteinander verbunden werden (ebd.) Ungleichheiten werden dadurch systemisch.
- Beispiele:
 - unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
 - Welche Ungleichheitsstruktur beeinflussen ihre Erfahrungen, ihren Status und ihre Möglichkeiten in der Gesellschaft?
 - Crenshaw: race & gender in Bewerbung, juristischer Fall in USA
 - Algorithmus für Jobvermittlung
 - D: Pflege-Versicherungsbeiträge für nicht heteronormative Familienverhältnisse (Kinderlose Personen zahlen mehr)
- Beispiel Einkommen:
 - Unselbstständig Beschäftigte Männer in Wien: 15,53 Euro/Std. brutto
 - Österreichische Frauen in Wien: 13,28 Euro/Std. brutto
 - Nach Staatsbürgerschaft:
 - Öster. Männer: 17,06 Euro
 - Männer ohne öster. Staatsbürgerschaft: 11,93 Euro
 - Frauen ohne öster. Staatsbürgerschaft: 9,71 Euro
 - Frauen aus der Türkei und ehem. Jugoslawien: 8,27 Euro, 8,75 Euro → Niedriglohnbereich
 - ACHTUNG: Die unbezahlte Reproduktionsarbeit dabei nicht berücksichtigt!
Also: Gender pay gap vergeschlechtlicht sowie ethnisiert

2. Ungleichheit und Frauenbewegung

- Ausgangspunkt für (feministische) Frauenbewegungen: intersektionale Ungleichheiten, die in der als ‚privat‘ markierten ‚Sphäre‘ (,eigene vier Wände) als auch in der als öffentlich markierten Sphäre (Politik, Staat, Wirtschaft, Arbeit) verortet sind.
- Frauen für den 'gleichen Lohn für gleiche Arbeit' (im globalen Norden und im globalen Süden), Bezahlung für unbezahlte Reproduktionsarbeit, Ausbau von öffentlicher

Kinderbetreuung, Entkriminalisierung von Abtreibung, Kriminalisierung von ehelicher Vergewaltigung...

- Institutionalisierung von frauenpolitischen Anliegen als Teil der öffentlichen Politik → Staatsfeminismus → Frauenreferate, Gleichbehandlungsgesetze, Anti-Diskriminierungsstellen
- Institutionalisierung der Frauen- und später Geschlechterforschung an Universitäten
- Kritik an die Frauenbewegung: Black feminists und feminists of color
- Kimberlé Crenshaw (1989, 154):
 - „When feminist theory attempts to describe women's experiences through analyzing patriarchy, sexuality, or separate ideology, it often overlooks the role of race. Feminists thus ignore how their own race functions to mitigate some aspects of sexism and, moreover, how it often privileges them over and contributes to the domination of other women.“
- Intersectional turn: Ungleichheiten (und Privilegien) bestehen nicht nur zwischen Männern und Frauen, sondern auch unter Frauen.
- Intersektionalität bleibt diffus: Theorie? Methode? Politik? = offener Diskurs

Definition Frauenbewegung

- „...can be individual women or informal and formal organizations that have been inspired by movement ideas and that act to advance what they see as women's interests.“ (Outshoorn 2010, 144-145; eigene Hervorhebung)
- Zwei Dimensionen von Frauenbewegungen:
 - Eine Bewegung kann Diskurse (Ideen, Ansprüche, Identitäten) sowie Akteurinnen, die diese Diskurse öffentlich artikulieren, meinen (ebd., 144)
- Es ist nicht festgelegt was die Interessen von Frauenbewegungen sind, sie können also nicht nur gleiche Ziele verfolgen, sondern auch in Konkurrenz zueinander stehen.
- Frauenbewegung ≠ feministische Bewegung
- Feministische Bewegung: „...that there is something wrong with the status of women and challenge gender hierarchies and women's subordination.“ (ebd.)
- Formen: Formell vs. Informell, vertikal vs. horizontal, professionalisiert vs. grassroots...
- Ausgangspunkte aktueller Frauenbewegungen im Globalen Norden: Neoliberalismus, Austerität, Rechtspopulismus & Anti-Genderismus...
- Gegen eine institutionelle Restaurierung der Geschlechter-, Klassen- und Race-Verhältnissen zu Ungunsten von Frauen und anderen mehrfach (intersektional) benachteiligten sozialen Gruppen
- Greifen alle Frauen und ihre Bewegungen soziale Ungleichheit an? Sind Frauen und ihre Bewegungen per se ‚progressiv‘?

- Nein, weil wir von Geschlecht als Konstrukt ausgehen das asymmetrische Machtverhältnisse beinhaltet. Würden wir diese Zuschreibung tätigen, dann würden wir Frauen essentialisieren wie etwa, wenn man davon ausgeht, dass Frauen von ‚Natur‘ aus friedfertiger, sensibler, wohlwollender sind.
- Essentialisierung von Frauen nach gesellschaftlichen Stereotypen Teil des Problems
- Rechtspopulistische, nationalistische, konservative Frauen in der Politik & in Bewegungen
- Beispiele:
 - Mädelschaften
 - Marie Le Ple
 - Alice Weidel
 - Nicht jede Frau die rechts ist, gehört zu einer Frauenbewegung, denn um als Bewegung zu gelten, muss das Moment des Kollektiven vorhanden sein.

Beispiel aus der Türkei

- Verein für Frau und Demokratie (KADEM), gegründet 2013 in Istanbul
- Formell, vertikal, professionalisiert, regierungsnah, konservativ, post- bzw. anti-feministisch (Errungenschaften des Feminismus anerkennen, aber die Mission des Feminismus als erreicht erklären und daher braucht man keinen Feminismus mehr)
- Türkische Frauen haben ihre eigene Kultur, Religion und Werte und die versprechen mehr als der Feminismus.
- Verfügt über 45 Filialen (Stand: Januar 2019); enorme politische und finanzielle Ressourcen
- Ein GONGO (government-organized NGO) → dient der demokratischen Legitimierung von Familien- und Frauenpolitiken der Regierung (ebd.)
- Gegen Gleichstellung von Mann und Frau – islamisches Konzept der Geschlechtergerechtigkeit – Unterschiede sind ontologisch gegeben, anti-LGBT, ethnisierte (z.B. kurdische) Frauen werden ignoriert, gegen Intersektionalität, weil sie die Frau ist türkisch, muslimisch, cisgender und heterosexuell (auch wenn Aspekte strategisch und punktuell eingesetzt werden) → hybrider Diskurs
- Einheit der Familie im Vordergrund, Gewalt gegen Frauen als Ausrutscher oder Männlichkeitsdysfunktion, Vergewaltiger als ‚Perverse‘ → Entpolitisierung & Privatisierung von struktureller Gewalt gegen Frauen; Gewalt gegen mehrfach (intersektional) benachteiligte Frauen (z.B. Transfrauen, kurdische Frauen) wird unsichtbar gemacht

- Dennoch sehr umstritten in ‚eigenen‘ konservativen Kreisen, als ‚feministisch‘ abgestempelt und diskreditiert → von westlichen FeministInnen angeblich vereinnahmt.
- Erklärungsversuch: ‚Bargaining (Feilschen) with patriarchy‘? (Kandiyoti 1988) (Dursun 2018)
 - Ursprünglich auf Familien (Mikroebene) angewendet, kann auch auf Mesoebene angewendet werden, Frauen wollen sich trotz der patriarchalen Struktur eine Stimme verschaffen und gehen deswegen Kompromisse mit Institutionen ein.

Politik, Staat und Frauenbewegungen

- Politik ein Kampf um Repräsentation, Bedeutung, Benennungsmacht (nach Pierre Bourdieu, in Sauer 2001, 95)
- Also nicht auf institutionelle Politik (z.B. politische Parteien, Parlament, Wahlen) zu reduzieren; findet auf allen Ebenen gesellschaftlichen Lebens statt → umkämpfte Werte, Praktiken, Projekte, Identitäten, Ressourcen...
- Staat: eine Arena, in der diese Kämpfe ausgeführt und ihre Folgen durch Institutionalisierung nachhaltig gemacht werden. Aber auch dann weiterhin umkämpft bleiben.
- Frauenbewegungen sind Bestandteil des Politischen, also Teil des Kampfes um Repräsentation, Bedeutung, Benennungsmacht...
- Weil der Staat als eine politische Form soziale (Geschlechter-) Ungleichheiten reproduziert und verfestigt, richten sich die Frauenbewegungen in der Regel, wenn nicht immer, gegen den Staat und seine Politiken.
- Staaten bestimmen die institutionellen Rahmenbedingungen frauenpolitischer Kämpfe wesentlich mit.
- Wiederum: Durch Errungenschaften, Kompromisse und Kooptierung umwandeln Frauenbewegungen diese Rahmenbedingungen und den Staat selbst
- Aufgaben und Forschungsrichtung feministischer Politikwissenschaft bzw. politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung:
- (Frauen-)Bewegungsforschung muss die liberale Trennung zwischen Öffentlichkeit und ‚Privatheit‘ sowie zwischen Staat und Zivilgesellschaft überwinden → Staat als Kräftefeld ungleicher sozialer Verhältnisse, die in der Gesellschaft verortet sind → soziale Bewegungen greifen diese Verhältnisse an und prägen sie mit
- Das Ziel der Bewegungsforschung: keine isolierte Theorie der Bewegungen, sondern eine, die aus einer umfassenden Theorie über die Gesellschaft abgeleitet ist

- ‚Frauenbewegung‘: nicht als normativer Begriff, sondern als analytischer Begriff für umkämpfte, ambivalente und widersprüchliche frauenpolitische Diskurse und Akteurinnen
- Unterschiede und Parallelen zwischen Frauenbewegungen kontextualisieren & historisieren → die ‚Frauenbewegung‘ ent-universalisieren, ihre Geschichte und Untersuchung dezentralisieren
- Die hierarchisierte Rangordnung von sozialer Ungleichheit (z.B. 1. Klasse, 2. Geschlecht...) weiter dekonstruieren und durch intersektionale Konzeptualisierungen ersetzen
- Diagnose:
 - Ausarbeitung des politischen und institutionellen Kontext der Geschlechterungleichheit auf lokalen und globalen Ebenen
 - Verknüpfung von Formen struktureller, intersektionaler Ungleichheit mit Formen kollektiver politischer Mobilisierung; Ausarbeitung von Widersprüchen (z.B. anti-feministische Frauen)
 - Ideologische, diskursive und physische Verortung von Frauenbewegungen
- Prognose:
 - Welche Strukturen der Ungleichheit (und Privileg) prägen die Inhalte, Formen und Möglichkeiten aktueller Frauenbewegungen? Mit welchen politischen Gefahren aber auch Möglichkeiten sind Frauenbewegungen aktuell konfrontiert? Welche Unterschiede sind zwischen den Frauenbewegungen im globalen Norden und im globalen Süden zu beobachten? Welche transnationale Solidaritäten lassen sich zwischen Frauenbewegungen (nicht) bilden? ...

5. Einheit Fachbereich Vergleichende Analyse von Politik – Solidaritätskonzept

Solidarität in Zeiten wachsender sozialer Ungleichheit

Politikfeldanalyse = Bereich der Politikfeld miteinander oder Dinge innerhalb untersucht, Instrumente und AkteurInnen miteinander vergleicht, muss nationalstaatlich behandelt werden.

Politikfeld: Themen/ AkteurInnen/Prozesse/Strukturen sind dauerhaft aufeinander bezogen im Gegensatz zu single-issue-Bewegungen (Bsp. Anti-Atomkraft-Bewegungen oder EU-Verteidigungspolitik, Brexit).

= kein umgangssprachlicher Begriff bzw. hat nicht die umgangssprachliche Bedeutung.

Solidaritätspolitik

1. Greta Thunberg

- Gibt zwei Lager (kurz vor 12 vs. Klimakrise ist Angstmacherei)
- Sie verlangt Menschen etwas ab, was die Politik nicht bereit ist zu geben und viele Menschen eben auch nicht → verlangt ihnen Solidarität für ihre und die zukünftige Generation und vor allem auch für Menschen im globalen Süden ab. Menschen im globalen Süden leiden unter Folgen (Klimakatastrophen, Ressourcenknappheit, Konflikte)
- Solidarität kostet etwas → hört nicht dort auf, wo es angenehm ist
- Solidaritätskonflikt → Generationenkonflikt → Globaler Norden vs. Globaler Süden → individuell – bzw. Personifizierter Konflikt

2. Mary Bolender

- Alleinerzieher*in mit zwei Kindern in Vegas = Kreditnehmerin mit schlechter Bonität beim Autokauf → Bank hat zwar einen Kredit gegeben, aber sie gezwungen ein Device im Auto zu installieren, dass Bank Motor abschalten kann + Devices die Daten sammeln (GPS) → wenn sie nicht mehr zahlt, kann sie das Auto nicht mehr benutzen.
- Kind mit Fieber ins Krankenhaus gefahren → Motor ging nicht an, weil 350€ gefehlt haben → kam nicht ins Krankenhaus.
- „Schuldner“ sowohl Bewertung der Bonität als auch Bewertung im Allgemeinen (moralisch)
- Reiche zahlen mit Geld, arme mit Privatsphäre
- Zu wenig institutionelle Solidarität mit Schwächsten → Demütigung
- „freiwillig“ zugestimmt aus Resignation
- Privatsphäre wird zum Luxusgut
 - Überwachungskapitalismus verschärft soziale und ökonomische Ungleichheit (Begriff von Zuboff)
 - Vergrößert nicht nur bestehende, sondern erschafft auch neue Ungleichheit
 - Kein Luxusproblem, solidarisch wichtig, kann neue Trennlinie sein, wenn nicht gehandelt wird
 - Haben Daten inne im Sinne von Kontrolle (wie Mieter*innen), besitzen sie aber nicht (Eigentümerin) und können sie nicht veräußern → wird unter Datenschützern ausgedacht und momentan über Grundrechte geschützt

- Dadurch entsteht wieder eine soziale Kluft zwischen Arm und Reich → Bsp. Medikamente nicht bekommen, weil nicht zugestimmt zu Gesundheitsdatensammlung

Solidarität

- Extrem heterogen → die Definition wird oft verwendet, wird von rechts und links gleichermaßen verwendet → Bsp. Solidarität zur Verhinderung von Migration (Kickl) → Solidarität als Ausschluss
- Arbeitsdefinition: Solidarität bezeichnet Praktiken, mit denen Menschen „Kosten“ auf sich nehmen um anderen Menschen beizustehen mit denen sie relevante Gemeinsamkeit erkennen. (Prainsack & Buyx, 2017)
- Bereitschaft zur Unterstützung von Menschen mit denen relevante gemeinsame Eigenschaften erkennt (Prainsack & Buyx, 2017)
 - Begriffsdefinition stützt sich auf viele Vorläufer-Begriffe
 - Relevante Gemeinsamkeiten: nicht objektive Feststellung, keine naturalisierte Feststellung, also nicht die Feststellung „natürlicher“ Charakteristika, sondern sozialisiertes „Othering“ – entlang Kategorien, die wir sozial gelernt haben (Bsp. enge Gemeinsamkeiten: Gemeinsam von einer Krankheit betroffen sein & weite Gemeinsamkeiten: unter Frauen/Studierenden)
 - Weitesten Gemeinsamkeit: Vulnerabilität und Einsamkeit (solidarisches Gesundheitssystem)
 - Wo das wir ist, ist entscheiden

3 Ebenen der Solidarität



3. Ebene: auf vertraglicher, rechtlicher Ebene umgesetzt (Pariser Klimaschutzabkommen, Gesundheitssystem, progressiver Steuersatz)

2. Ebene: Normales (etwas das erwartet wird) Verhalten in einer Gruppe

1. Ebene: Interpersonell (Spenden an Opfer einer Naturkatastrophe, Niere)

- Ermöglicht auch solidarischen Ausschluss → exklusive Solidarität (muss nicht immer negativ sein)
- Exklusive und inklusive Solidarität: korreliert nicht immer mit links und rechts (Gesundheitsversorgung war nationalstaatlich gedacht → macht an der Grenze des Staates halt, Bismarck-System → an Erwerbstätigkeit geknüpft vs. über Steuern wie in GB)
- Einschluss, um Ausschluss zu ermöglichen, Patienteninteressen

- Mouffe: Streit des Wirs (großes Europa Wir gegen kleines Engländer Wir)
- Rechte: Rückbau des Sozialstaates → Staat als Ursache der Probleme → Neoliberalismus ist keine Ablehnung des Staates → bedeutet viel mehr, dass die Wirtschaft sich den Staat zu eigen macht, um ihre Interessen zu zementieren (ArbeitnehmerInnenschutz, Umweltschutz...usw.) → Komplette Ablehnung des Staates ist Libertarismus → florierende Wirtschaft ist nie ein Garant für Wohlstand → Einkommen stagnieren und Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer → kann sich Wohlstand nicht mehr erarbeiten

Nick Hanauer

- Bezeichnet sich als Plutokrat
- Problem ist nicht, dass wir eine gewisse Ungleichheit haben
- Investor in Bsp. Amazon, TEDTalk so kontroversiell, dass es runtergenommen wurde
- Problem ist nicht, dass wir eine gewisse Ungleichheit haben → Kein moralisches, aber pragmatisches Argument → problematisch ist, dass sie immer größer wird → bald gehen die Menschen wieder mit Mistgabeln auf uns los
- Jene Menschen, die für den Wohlstand verantwortlich sind, sind nicht die die Jobs schaffen. Die Mittelschicht und nicht UnternehmerInnen schaffen Jobs → besteht auf Umverteilung und Gerechtigkeit und bekämpft Mediokratie
- Hanauer tritt für gerechtere Welt ein, von der Menschen profitieren würden, die nicht so sind wie er → Solidarität bedeutet nicht, dass wir gleich sind, sondern das was uns verbindet wird zum handlungsleitenden Moment wenn es um die Grundbedürfnisse geht → inkludierendes Solidaritätsverständnis → Solidarität zur Besserstellung von schlechter Gestellten
- Solidarität muss Grenzen ziehen damit sie existieren kann → sie erschafft immer eine Wir-Gruppe → es kann auch exkludierende Solidarität harmlos sein, aber wo es um die Grundbedürfnisse geht, ist eine inklusive Solidarität erforderlich.
- Schärfen des Begriffs der sozialen Gerechtigkeit ist notwendig → Auffangnetz wurde zum Ziel gemacht → sollten Gesellschaft so konstruieren, dass so wenige Menschen wie möglich dieses Auffangnetz brauchen.
- Prädisposition statt Redistribution = Vorverteilung statt Umverteilung: Ausstattung, um guten Start ins Leben zu haben → kostenfreie Bildung; Gesundheitsversorgung; Kinderbetreuung

Lösungsansätze

1. Ausweitung des Arbeitsbegriffs  Hanauer

2. Regulierung digitaler Praktiken ☞ Bolander
3. Ein Wirtschaftssystem, das nicht von exzessivem Konsum abhängig ist, um Wohlstand zu schaffen ☞ Thunberg

Literatur Prainsack & Buyx 2016

p. 90f.	Ebenen können unabhängig voneinander existieren, haben jeweils Einfluss auf die Stabilität der anderen. → Misstrauen im Staat, wenig Solidarität auf anderen Ebenen
p. 91	Wichtig ist der institutionelle und politische Kontext, in denen Solidaritätspraktiken eingebettet sind, zu berücksichtigen.
p. 91	Reziprozität der Institutionalisierung von Solidarität förderlich und bildet sich dort aus, wo Vertrauen herrscht und herrschen kann.
Einschränkungen	
p. 92	Solidarische Praxis immer in Situationen in denen Gemeinsamkeiten im Vordergrund stehen → jedoch nicht immer konkret situationsbedingt
p. 93	Auf Ebene drei häufig auch vertragliche Hilfestellungen
p. 93	Solidarische Praxis auch wenn gegenseitige Hilfe, wenn Ziel dient, welches wir als sozial / politisch unverträglich, kriminell terroristisch einstufen
p. 94	Jedoch Werte der Solidarität anders bewertet
p. 94	Sinnvolle Inklusivität: Ausgeschlossene sollen keine Nachteile erfahren, die ihr Leben einschränken → Arbeitsdefinition ergänzt
Verwandte Begriffe	
p. 95	Mitgefühl: kann aus bloßem inneren Gefühl bestehen vs. Solidarität braucht äußere erkennbare Form (weil Praxis); bedarf vs. Kann emotionales Befinden beinhalten.

p. 95f.	Freundschaft: engmaschiges Netz von Gemeinsamkeiten vs. Situationsbedingt für jeweiligen Praxiskontext relevant, äußere Ausdrucksformen nicht konstitutiv → Liebe als tiefe Form der Freundschaft.
Autonomie und Solidarität	
p. 97	Durchaus vereinbar
p. 97f.	<p>Konzeptionen der Person:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Libertär-liberale Konzepte: Individuum als primärer Akteur. Muss entweder: <ol style="list-style-type: none"> a. Ein Kollektiv existiert, in dem die Erwartungen gegenseitige Unterstützung für die Gruppenmitglieder konstitutiv ist; b. Einzelpersonen davon überzeugen, dass sie gute Gründe haben sich mit anderen solidarisch zu zeigen. 2. Menschen untrennbar mit Umgebung verbunden und jeweils von sozialen Beziehungen geprägt → Beziehungen konstitutiv für diese Person → Solidarität als normales Verhältnis zwischen Personen. Solidarität als Wert gleichrangig mit Autonomie, weil Wahrnehmung als Teil eines sozialen Gefüges Solidarität als Voraussetzung für Personalität und persönliche Interessen.
p. 99	Sowohl Resultat einer bewussten Entscheidung eines autonomen Individuums ALS AUCH als Handlungen, die sich aus Netz an Beziehungen von Menschen und ihrer Umwelt ergeben.
Solidarität = solidarische Praktiken!	

6. Einheit: Policy, Solidarität und die Zukunft der Arbeit

Policy – Typologien und Modelle

- Vergleichende Policy Forschung = vergleichende Politikfeldanalyse
- “Anything a government chooses to do or not to do” (Dye 1972): Alles was eine Regierung/ ein Staat tut oder nicht tut → beinhaltet also auch absichtliches Unterlassen von Maßnahmen (Nichtinterventionen)

- Bewusste “actions which contain goal(s) and the means to achieve them, however well or poorly defined, justified, articulated, and formulated” und die auch unbeabsichtigte Folgen haben können (Howlett & Cashore (2014: 17) → Aktionen die zielorientiert sind und Mittel definieren um Ziele zu erreichen, wie auch immer artikuliert und definiert mit der Möglichkeit auf unbeabsichtigte Folgen.
- Policy-making beinhaltet daher “both a technical and political process of articulating and matching actors’ goals and means” (ebd.) → beinhaltet einen technischen und politischen Prozess des Artikulierens und Zusammenfügens von Zielen/Mitteln von AkteurInnen.
- Wenn Staat zentraler Akteur ist: ‘Public Policy’
- “A set of interrelated decisions taken by a political actor or group of actors concerning the selection of goals and the means of achieving them within a specified situation where those decisions should in principle be within the power of those actors to achieve” (Jenkins 1978) = Bündel an Entscheidungen die sich aufeinander beziehen und von einem pol. Akteur oder einer Gruppe pol. Akteure getroffen wird, um Ziele und Mittel zu definieren, die inhaltlich/thematisch abgrenzbar sind → sollten erreichbare Ziele sein (Kapazität)
 - Interrelated: Pfadabhängigkeit und Komplexität
 - Within power: Kapazität, Geltungsbereich

Table 2.1 A modified taxonomy of policy components following Hall (1989, 1993)

		Policy content	
	High-level abstraction	Programme-level operationalization	Specific on-the-ground measures
<i>Policy ends or aims</i>	Goals What general types of ideas govern policy development? (e.g. environmental protection, economic development)	Objectives What does policy formally aim to address? (e.g. saving wilderness or species habitat, increasing harvesting levels to create processing jobs)	Settings What are the specific on-the-ground requirements of policy? (e.g. considerations about the optimal size of designated stream-bed riparian zones, or sustainable levels of harvesting)
Policy focus			
<i>Policy means or tools</i>	Instrument logic What general norms guide implementation preferences? (e.g. preferences for the use of coercive instruments, or moral suasion)	Mechanisms What specific types of instruments are utilized? (e.g. the use of different tools such as tax incentives, or public enterprises)	Calibrations What are the specific ways in which the instrument is used? (e.g. designations of higher levels of subsidies, the use of mandatory vs. voluntary regulatory guidelines or standards)

Note: Cells contain examples of each measure.

Source: Modified from Cashore and Howlett (2007).

- Aims / Ziele
 - Goals: Was sind die großen politischen Anliegen, die erreicht werden sollen?

- Objectives: Was sind die konkreten Zwecke, die verfolgt werden? Ist dem eigentlichen Ziel untergeordnet und stärker eingegrenzt.
- Settings: Was ist der konkrete Geltungsbereich des Objectives? Wie ist Politik in ihrem Setting ausgestaltet?
- Means / Mittel
 - Instrumente: Was sind die allgemeinen Werte/Normen, die den Präferenzen zugrunde liegen die verfolgt werden? (Top-down, bottom-up)
 - Mechanism: Welche Instrumententypen kommen zur Anwendung? (Anreize, staatl. Instrumente)
 - Calibrations: Kontext- und Settingsensible Dimension. In welcher Form wird das Instrument eingesetzt?

Policy Cycle Modell

Table 2.2 Five stages of the policy cycle and their relationship to applied problem-solving

Applied problem-solving	Stages in policy cycle
1. Problem recognition	1. Agenda setting
2. Proposal of solution	2. Policy formulation
3. Choice of solution	3. Decision-making
4. Putting solution into effect	4. Policy implementation
5. Monitoring results	5. Policy evaluation

Inhalte von Policies reagieren auf Wahrnehmung von *Problemen* und von adäquaten *Lösungen*

Nach: Howlett & Cashore (2014)

Fünf Stadien des Politik-Zyklus

1. Problemerkennung (-anerkennung) → aus was muss pol. reagiert werden? Agenda Setting: wer ist in der Lage zu sagen, dass das auf der Agenda Priorität hat?
2. Lösungsvorschlag → Formulierung einer pol. Lösung
3. Lösungsauswahl → Entscheidungsfindung (viele unterschiedliche Vorstellungen von einer Lösung konkurrieren – unterschiedliche Problemwahrnehmung)
4. Implementierung der Lösung → Implementierung Umsetzung der pol. Lösung
5. Evaluierung der Ergebnisse → politische Evaluierung

Inhalte von Policies reagieren auf Wahrnehmungen von Problemen und von adäquaten Lösungen.

Policy Cycle Modell

Table 2.3 The policy cycle–actor hourglass

Stages in policy cycle	Key actors involved
1. Agenda setting	1. Policy universe
2. Policy formulation	2. Policy subsystem
3. Decision-making	3. Authoritative government decision-makers
4. Policy implementation	4. Policy subsystem
5. Policy evaluation	5. Policy universe



Nach: Howlett & Cashore (2014)

Akteurszentrierter Zugang

1. Alle denkbaren Akteur*innen (Wissenschaft, Medien, NGOs...usw.) sind involviert und bilden ein policy Universum → unterschiedliche Problemwahrnehmungen und Lösungsvorschläge
2. Policy Subsystem: verdichtet sich auf eine kleinere Gruppe von AkteurlInnen (Ministerien, betroffene NGOs oder Institutionen)
3. Verengt sich noch weiter auf Entscheidungsebene (nur noch Policy-makers)
4. Implementierung wieder im Subsystem
5. Evaluierung wieder durch alle Akteur*innen

Sanduhrenförmiger Involviertheit von Akteur*innen

Vergleichende Policy-Forschung

Wollen verstehen...

- Akteurszentrierte Agenda: welche AkteurlInnen interagieren miteinander? (Sozialpartnerschaft, Lobbying) How different policy actors interact
- Ergebnisse von politischen Interventionen und Entscheidungen: Different policy outcomes (Länder, föderale Einheiten)
- Agenda-Setting / pol. Wahrnehmungsschwelle / Problemerkennungsschwelle: How different policy initiatives emerge
- Woher beziehen Pol. Entscheidungsträger ihre Informationen: How policy advice is given (Netzwerke)

- Wie reklamieren best. Gruppen konkrete Anliegen in die Regierung ein?: Role of decision makers and decision advice network in policy formulation
- U.v.m.

Methodenpluralismus der Policy Studies – Engeli & Allison (2014) listen in “Comparative Policy Studies”

- Small-N: Einzelfallstudien und kausale Prozessanalyse (Fall-interne Vergleiche)
- Intermediate-N: Fallvergleiche (2-10 Fälle) (konfigurationale Methoden, QCA) – typische Ländervergleiche
- Large-N: Quantitativ-vergleichende Methoden
- Interpretative vergleichende Methoden (Diskursanalyse)
- (Man könnte gemischte Designs – ‘mixed methods’ – ergänzen.)

“Mill’s Methoden” – Van der Heijden (2014)

- sind Basis für viele vergleichende Methoden der PFA
- implizit auf Mills Methode gestützt: MSSP, MDSD
 - Most Similar System Designs: ähnliche Fälle unterschiedlicher Outcome
 - Was ist daran unterschiedlich und was kann man daraus gelernt wurde (Methods of Difference, experimentelle Methode)
 - Was ist daran ähnlich?
 - Most Different System Design: unterschiedliche Fälle aber ähnlicher Outcome
 - Was haben die alle gemeinsam? (Agreement)
- Tendenz zum Fokus auf Policy-Dynamiken
 - Wie wandeln sich politische Instrumentarien, Maßnahmen und Entscheidungsprozesse über Jahrzehnte?
 - "Neue Orthodoxie" der dynamisch orientierten VPFA:
 - Langfristige historische Orientierung (Policy über Jahrzehnte) – muss sie sich langfristig ansehen und nicht nur kurzfristig
 - Institutionen und Policy-Subsysteme garantieren Reproduktion von Policy
 - Paradigmenwandel sind selten: lange Stabilität/ Inkrementalität mit abrupten Transformationen ("Punctuated equilibrium")
 - Punktuerungen meist aufgrund externer Schocks (soz. Bewegung z.B. Umweltpolitik im Moment), nicht endogen

Zukunft der Arbeit: Policy & Vergleiche

Das Policy- und Werte-Universum

- Kein Konsens vorhanden: Viele Akteure, viele Problemdarstellungen:
 - Technooptimistischer Diskurs: Robotisierung und Technologisierung: Steigende Produktivität, fallende Preise (zB Solow 1956, Keynes 1930) → unkonfliktthaft und positive Entwicklung
 - Verdrängungsprozess: Technologisch erzeugte Arbeitslosigkeit/Unterbeschäftigung (z.B. Ricardo, Marx)
 - “Deskilling”: Vorstellung, dass durch den technologischen Wandel, die Anfragen und Ansprüche an intellektuelles und geskilltes Arbeiten geringer wird → kollektives verblöden (Thema seit Smith 1776)
 - “Skills-biased technological change”, Arbeitsmarktpolarisierung: Technologischer Wandel kommt überwiegend hochqualifizierten zu Gute (Autor 2014 u.a.)
 - Neue Autoritätsverhältnisse (vor allem auch innerhalb von Firmen – Belegschaft zu Management) zw. Kapital und Arbeit (z.B. Zuboff 1988)
 - Einkommensungleichheit, Verteilungsprobleme (z.B. Schwellnus 2018)
 - Fragmentierung und Irregularisierung des Arbeitsmarkts (z.B. Graham 2017)
 - Deindustrialisierung (Entwicklungsökonomien) und problematischer Strukturwandel (z.B. Rodrik 2018) → globale Wertschöpfungskette negativ beeinflusst
 - Arbeit als sinnstiftende Instanz/Institution gefährdet (Thema seit Arendt); ‘bullshit jobs’ u.ä.
 - u.v.m

technologischer Wandel gut vs. Massenarbeitslosigkeit vs. Ungleichheit vs. Wertefrage

- Vielfalt in Problemdarstellungen spiegelt Pluralismus bei Werten (inkl. epistemischen Annahmen) sowie von Interessen wider → konflikthafter Diskurs → unterschiedliche Gewichtung, auf welche Evidenz verlasse ich mich, unterschiedliche pol. Interessen.
- “This disagreement centres on two key areas; first an appropriate strategy to be adopted in response to the challenge, and second, the fundamental normative tenets that future societies should be built upon.” (Prainsack & Buyx 2018:588) Konflikt fokussiert auf zwei Kernbereiche:
 - Appropriate strategy => Policy
 - Normative tenets => Fundamentale Wertfragen

Prainsack & Buyx (2018)

- Enger empirischer Zusammenhang zwischen Beschäftigung und sozialen Faktoren wie Gesundheit/Wohlbefinden/Status/Kohäsion
- Zukunft der Arbeit (KI, Robotik, Digitalisierung) könnte zu Job-Verlusten, Erwerbsarmut, atypischer Beschäftigung, Lohnstagnation und damit zu “fractured, divided societies” / gesellschaftlicher Spaltung führen – es bedürfe daher einer “reconsideration of the value of work”/ Arbeit muss neu gedacht werden
- Normatives Telos: “Continued existence of the preconditions for social cohesion” und “human flourishing” – “solidarische Praxis” sei dafür instrumentell
Wertmäßiges Ziel: Bedingungen für soziale Kohäsion (der Kitt für das Zusammenleben) aufrecht erhalten durch solidarische Praxis
- “Human flourishing” Florierende kohäsive Gesellschaft = Gegenteil von gesellschaftlicher Spaltung
 - Glück und (Lebens-)Zufriedenheit
 - (psychische und physische) Gesundheit
 - Bedeutung und Zweck / Aufgabe
 - Charakter und Tugenden
 - Enge soziale Kontakte
- “Solidarität”
 - “Commitments to accept costs to assist others with who a person or persons recognise similarity in a relevant respect” – Verpflichtung, Kosten zu akzeptieren, um anderen zu helfen, mit denen eine Person oder Personen Ähnlichkeiten in relevanter Hinsicht erkennen
 - (Praxis, nicht moralische Empfindungen; sondern als in Handlung gegessene Praxis; relationaler Personenbegriff)
- Wandel der Arbeitswelt → Transformation der Solidarität
 - Arbeitsmarkt- und Solidaritätstransformationen und Auswirkungen sind nichts neues (siehe Durkheim, 1893)
 - Arbeitsteilung: mechanische - organische Solidarität = Ähnlichkeitskriterien danach orientieren, dass sie sich funktionell und organisch aufeinander beziehen (Durkheim 1893)
 - Technologische Arbeitslosigkeit: Erosion der Solidarität durch ‘Othering’? – immer weniger Gemeinsamkeiten / Ähnlichkeiten auf dem sie solidarischen Handeln begründen könnten
- Ausweg laut Prainsack & Buyx (2018): Weg vom konventionellen Arbeitsbegriff
Redefinition von Arbeit “in which everybody who contributes something valuable to the

functioning of society is seen to be ‘working’” (p. 590) → Garant für Weiterexistenz von Solidarität

- Inklusiverer Arbeitsbegriff oder komplette Loslösung vom Arbeitsbegriff?
- Prainsack & Buyx (2018) schlagen vor:
 - Kompensation un(ter)bezahlter Arbeit, die für “funktionierende Gesellschaft” wertvoll ist (z.B. künstlerische oder soziale Tätigkeiten)
 - Entwicklung evaluativer Kriterien durch repräsentative öffentliche Körperschaft / Institution (“statutory body comprising professional experts from a variety of disciplinary and practical backgrounds, as well as citizens who do a range of paid and unpaid work”) → Komitee / Gremium mit Expert*innen und Sample aus erwerbstätigen Bevölkerung (bezahlt und unbezahlt)
 - Alternative: Pauschalkompensation via BGE u.a.
 - Mögliche Kritik: Wer zahlt das – wo kommt das Geld her? – braucht Ressourcen für die Kompensation. Wer ist da wirklich repräsentiert und wer statet das Gremium aus? Wie und in welcher Höhe besteht unterbezahlte Arbeit und wer entscheidet das - Kriterien? Auf welche Distanz? – braucht einen längeren Transformationsprozess. Aber auch demokratische/bürokratische Fragen (wenn inklusiver Begriff, wem dann auch Rechenschaft pflichtig?)

Fazit zu Prainsack & Buyx (2018)

Problem recognition: antizipatives Problem	Technologischer Wandel der Arbeit führt zu Entsolidarisierung/Othering → Gespaltene Gesellschaft
Proposal of solution:	Redefinition der Arbeit → Kompensationsmechanismus → Solidarisch-florierende Gesellschaft
Choice of solution: obwohl Umdeutungs- und Kompensationsinstitution bestehen, die aber die einzelnen Bereiche nicht so abdecken, wie im Paper gefordert	Hat noch nicht stattgefunden
Putting it into effect:	Hat noch nicht stattgefunden

Monitoring results:	Wie könnte man Policy dieser Art evaluieren? Unbeabsichtigte Folgeeffekte? Kontraproduktiv?
---------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------

Policy Formulierung

Vielfältige Werte/Problemdarstellungen → vielfältige Lösungsansätze

“Education and training policies”

- Qualifizierungs- und Bildungsmaßnahmen
- Einkommensungleichheit resultiere aus Knappheit an hoch-qualifizierter Arbeit

“Labour market policies”

- Aktive Arbeitspolitik (Mobilität, Anreize, Infos für offene Stellen)
- Mobilität und “job matching” (ALMPs)
- Gesetzliche Sozialversicherung mit Arbeitgeberbeiträgen

“Income redistribution policies”

- Umverteilungspolicy (Steuern,...)
- Reform des Steuer- und Abgabensystems, Reduktion der Lohnsteuern
- Mindestlöhne und Workfare

“Technology regulation policies”

- Technologiebereich (wo besteht das Problem eigentlich → Robotersteuer?)
- Regulation digitaler Technologien und Algorithmen

(Goos 2018)

Zukunft der Arbeit: Akteure und Systeme

Internationale Politik und Normen	zB EU/WTO Handelspolitik, Wettbewerbspolitik, ILO Normen
(Sub)Nationale Politik	zB Wirtschafts, Sozial-, Steuer-, und Technologiepolitik

Meso-Ebene	zB Politik der 'Sozialpartner': Streik, Kollektivverhandlungen, etc.
Politik in Firmen und Organisationen	zB "Shopfloor Politics"
Politik sozialer Gruppen	zB Soziale Bewegungen, koordiniertes Konsumverhalten, Protest, etc.

Policy Implementierung und Evaluierung

- z.B. verschiedene institutionelle Experimente (z.B. Thailand)
- z.B. diverse GE-Experimente (Finnland, Kanada, Indien,...)

7. Einheit – Fachbereich Vergleichende Analyse von Politik – Beispielhafte Anwendungen des Solidaritätskonzepts

Was ist Solidarität? Recap

- = Praktiken, mit denen Menschen „Kosten“ auf sich nehmen, um andere Menschen beizustehen, mit denen sie relevante Gemeinsamkeiten erkennen.
- Praxis (anstatt Gefühl), symmetrisches Verhältnis (geht um Ähnlichkeit nicht um Unterschiede), Situationsspezifisch (nicht essentialistisch), relationaler Personenbegriff (Anerkennung der immerwährenden gegenseitigen Abhängigkeit/Angewiesenheit → Person immer in soziales Umfeld eingebettet)
- 3 Ebenen-Modell der Solidarität (Praktiken unten relevanter, oben sind sie institutionalisiert)
 - Alle Ebenen beruhen auf der Solidarität als Praxis – unten sind es Praktiken und oben sind es institutionalisierte Praxis → unterscheiden sich im Grad der Reziprozität → steigt von unten nach oben → auf der 1. Ebene bleibt die Gegenseitigkeit hypothetisch → Notlage wird geteilt
 - Gegenseitigkeit (Reziprozität) steigt von unten nach oben → unten bleibt sie hypothetisch (Handy ausborgen in Notsituation, verläuft nichts zurück, weil erwartbar, dass ich mich ähnlich verhalten würde in so einer Situation), oben wird das Geben und Nehmen ausgeglichener

Beispiel auf der 3. Ebene: Solidarität und Sozialstaat

- Ende des 19. Jahrhunderts erst sozialstaatliche Strukturen, welche sich nach WWII verfestigen.
- „Die Herausbildung und Ausdehnung des Sozialstaats bringt eine fundamentale Umgestaltung des Verhältnisses von einzelnen Bürger und gesellschaftlicher Allgemeinheit mit sich: Die elementare Unsicherheit der Einzelexistenz wird als soziales – d.h.: überindividuell auftretendes und daher kollektiv zu bewältigendes – Risiko gedeutet.“ → Neubestimmung Verhältnis Individuum und Gesellschaft → Risiken und damit einhergehenden Kosten werden kollektiviert → die Verantwortung für „individuelle“ Schicksale verschiebt sich von der einzelnen Person oder Familie oder Gemeinschaften hin zur Gesellschaft → Risiken sind Bedingungen des Lebens in der Moderne, weshalb es kein individuelles Schicksal mehr ist
- Traditionelle Netze der Sicherheit (Familie, Gemeinschaft), haben sich durch die Modernisierung aufgelöst → durch Industrialisierung aber mehr Risiken → brauchte Staat
- Müssen nicht immer materielle Kosten sein → können auch emotionale sein

Bezug zu Solidaritätsbegriff

- Praktiken: Einzahlen von Sozialversicherungsbeiträgen
- Kosten: für Gesundheitsversorgung, Weiterbezug von Gehalt bei Krankheit / Arbeitslosigkeit
- Gemeinsamkeiten: die Risiken des Lebens in der modernen Gesellschaft teilt
- Sozialpolitik ist „konservativ und revolutionär zugleich, Stütze und Stachel im Fleisch der kapitalistischen Produktionsweise und der durch sie geprägten Gesellschaftsordnung. Sozialpolitik tut (...) nicht nur »Gutes«. Sie ist keineswegs allein (...) ein Ort und Hort der Hilfe, Solidarität und Wohltätigkeit, sondern eben (immer) auch ein Instrument sozialer Steuerung, Kontrolle und Disziplinierung.“
 - Sozialstaat hat doppelte Funktion: Menschen vor moderneren Risiken absichern vs. Absicherung der kapitalistischen Produktionsweisen → deshalb Sozialstaat häufig als Klassenkompromiss bezeichnet → Forderung der ArbeitnehmerInnen zugestimmt von ArbeitgeberInnen-Seite → Steigerung der Lebensqualität ABER auch Arbeitskraft kontinuierlich zur Verfügung gestellt → Doppelfunktion im Blick behalten, wenn Wandel des Sozialstaats betrachtet wird

- Goldene Jahre des Sozialstaates Ende WWII-1970, dann tiefgehende ökonomische und soziale Transformationen (Dienstleistungssektor und Finanzwirtschaft haben an Bedeutung gewonnen, höhere Arbeitslosigkeit, Selbstverwirklichung und individuelle Wert an Bedeutung gewonnen) → neuer Geist des Kapitalismus → Aktivität, Mobilität, Flexibilität, Eigenständigkeit und Selbststeuerung wurden wichtig → Sozialstaat wurde zu einem aktivierenden Sozialstaat
- Man kann nicht von einem Rückzug des Sozialstaats gesprochen werden → Beiträge nicht rückgängig → aber Prioritäten und Betätigungsfelder haben sich geändert → keine neoliberale Transformation, weil die Betätigungen des Sozialstaats nicht die Autonomie fördern sollen → Engmaschigen Kontrollen, Weiterbildung und Human Investments – Verbesserung der eigenen Arbeitskraft und weniger um materielle Absicherung
- Sozialstaat hat das gesellschaftliche „Soziale“ erfunden → da Wandel → Neuerfindung des Sozialstaats
- „Der ‚aktivierende‘ Sozialstaat ist eine große institutionelle Bewegung zur Bewegung der Individuen. Fluchtpunkt dieser Bewegung ist nicht (...) das Wohlergehen (...) der Bürgerinnen und Bürger, der Individuen und Haushalte. Der neue Geist des Wohlfahrtskapitalismus zielt vielmehr vorrangig auf das Wohl der (...) ‚gesellschaftlichen Gemeinschaft‘. ‚Sozial‘ ist (bzw. wird) hier, was im Interesse der Allgemeinheit geschieht. ‚Sozial‘ ist der bzw. die Einzelne, wenn, soweit und solange er/sie Eigenverantwortlichkeit, Selbstsorge und pro-aktives Verhalten zeigt – im Sinne und Dienste ‚der Gesellschaft‘. Die gesellschaftliche Neuerfindung des Sozialen im flexiblen Kapitalismus lässt die subjektiven Wertbezüge sozialen Handelns – Aktivität und Mobilität, Produktivität und Autonomie – zu politischen Steuerungsformeln des individuellen Selbstzwangs in sozialer Absicht verkommen.“

Neuerfindung des Sozialen

- Im aktivierenden Sozialstaat geht es nicht mehr um das Wohl(ergehen) des Einzelnen, sondern um das Wohl(ergehen) der Gesellschaft und die Einzelnen sind dann aufgefordert zu diesem Wohlergehen beizutragen → abermals Verschiebung der Verantwortung:
 - Prä-Sozialstaat: Personen/Familien/Gemeinschaften sind für ihr eigene Wohl und das ihrer Mitglieder verantwortlich
 - „alter“ Sozialstaat: Gesellschaftliche Verantwortung für gesellschaftliche Risiken



- Aktivierender Sozialstaat: Individuelle Verantwortung für gesellschaftliche Risiken
- Rauchen & Übergewicht.: Schädigt ihrer selbst und Schädigung der Gesellschaft = unsoziales Verhalten

Welche Rolle spielt persönliche Verantwortung in solidarischen Gesundheitssystemen

Solidarität und Verantwortung im Gesundheitssystem (Dawies & Savulescu, 2019)

Argumente:

- Beitrag (Pflicht) + Verhalten: Solidarische Gesundheitssysteme basieren auf gegenseitiger Unterstützung und beinhalten Rechte und Pflichten für ihre Teilnehmer*innen.
- Versorgung (Recht): Daraus folgt, dass Personen, die diese Pflichten nicht erfüllen, indem sie vermeidbare Gesundheitsrisiken eingehen, „bestraft“ werden dürfen. D.h., dass sich ihre Rechte in diesem System verringern.
- Dilemma: ungesundes Verhalten zwar unsolidarisch, aber Solidaritätsbegriff nicht so gedacht, dass diese Menschen keine Leistungen erhalten sollen

Spezifizierungen, um Dilemma zu lösen

- Keine Bestrafung jeglichen riskanten Verhaltens, sondern nur unangemessenen riskanten Verhaltens → d.h. liegt dann vor, wenn einzelnen Personen eine Golden Opportunity (ist eine konkrete Unterstützung für eine Verhaltensänderung) angeboten wird und diese von ihr abgelehnt wird → RaucherIn wird von Arzt ein konkretes Vorgehen für die Entwöhnung angeboten und diese wird abgelehnt und es nicht einmal versucht wird. → es geht also um die Annahme
- Persönliche Verantwortung und „Bestrafung“ nur, wenn Golden Opportunities (GO) abgelehnt wurden
- GO: konkrete Unterstützung für realistische Verhaltensänderungen
- Nicht Resultat, sondern Annahme von GO als Grundlage
- Miteinbezug struktureller Faktoren → nicht equal opportunities → sozio-ökonomischer Status entscheidend → Solidarität kann nicht realisiert werden, wenn wir Unterschiede nicht anerkennen → Verhaltensänderung braucht bei unterschiedlichen Menschen unterschiedliche Ressourcen (Armut, soz. Ungleichheit) → nicht individuelles Verhalten alleine ausschlaggebend, sondern auch die Umstände

- Golden Opportunities trotzdem problematisch → Zufall (genetische Disposition zu Lungenkrebs z.B.), Wohlstand (aus Verantwortung rauskaufen - Privatversicherung)
 - Wenn nur stigmatisierte Verhaltensweisen (Alkoholkonsum, rauchen, Übergewicht) in den Blick geraten, aber nicht andere Verhaltensweise die genauso risikoreich sind, bestimmte Sportarten z.B.
- Appell an Verantwortung kann missbraucht werden für Ausschlüsse aus dem Gesundheitssystem
- Fokus auf versäumte Übernahme von persönlicher Verantwortung kann Solidarität allgemein untergraben
- Individuen sind zwar relational und Teil eines „Wir“ und haben gewisse Verantwortungen, aber immer auch noch Individuen und haben auch individuelle Rechte → braucht Balance zwischen solidaritätspflichten und einem individuellen Recht auf Imperfektion
- Nicht Kosten, sondern Bereitschaft andere zu unterstützen im Vordergrund
- Andere Werte außer Gesundheit auch wichtig für Gesellschaft und Solidaritätsbegriff → Blick muss darüber hinaus gehen
- Forderung nach Solidarität muss über das Gesundheitssystem hinausgehen
- Es ist legitim einzelne zu Verantwortung zu ziehen, aber nur wenn abige Umstände gegeben sind

Kritik am Text

- Gesundheit wird hier zu beeinflussbar, gradlinig und eindimensional konzipiert
- Fokus auf lifestyle behavior → strukturelle Strukturen sind zwar relevant, aber sie fokussieren sich in ihrem Text auf das individuelle lifestyle behavior (Essen, Bewegung, trinken)
- Andere Formen solidarischen Verhaltens: Verzicht auf bestimmte medizinische Leistungen, die wenig Wert für einen selbst haben (Bsp.: nicht wegen einer Kleinigkeit am Sonntagabend in die Ambulanz geht, sondern am Montag zum Hausarzt, nicht jeden medizinischen Test macht den es gerade gibt und den man gerade eigentlich nicht braucht, Nicht-Impfen)

Zusammenfassung

- Sozialstaat/Gesundheitssystem als eine Form institutionalisierter Solidarität (Ebene 3) → Absicherung Status Quo und Erleichterung der Lebensbedingungen von Individuen und Transformation des Verhaltens

- Persönliche Verantwortung muss unter bestimmten Voraussetzungen gefordert werden → spielt eine wichtige Rolle für die Aufrechterhaltung der Solidarität
- Lessenich: zunehmender Fokus auf persönliche Verantwortung für gesellschaftliche Probleme
- Davies & Savulescu: Unter bestimmten Voraussetzungen ist die Einforderung persönlicher Verantwortung legitim
- Persönliche Verantwortung mitunter wichtig für den Erhalt solidarischer Systeme

8. Einheit – Fachbereich Internationale Politik – Kritische Staatstheorie und Internationale Politische Ökonomie

1. Global Governance: Kernelemente und Kritik

Zentrale Begriffe der IP

1. Global Governance (als institutionalistischer Ansatz) und Internationalisierung des Staates, basierend auf kritischer Staatstheorie => kritische Staatstheorie basiert auf materialistischen Herangehensweisen an Staatlichkeit
2. Ökologische Krise und Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Das Konzept „gesellschaftlicher Naturverhältnisse“ begreift Natur, Gesellschaft, Staat und Politik als Bedingungsgefüge, d.h. die Natur „ist nicht natürlich“, sondern immer durch gesellschaftliche Verhältnisse/Interessen hervorgebracht

Begriff Global Governance / Globales Regieren

Beispiel Klimakonferenz demnächst in Madrid

- Regieren – nicht Regierung! → Begriff kam auf nach dem Kalten Krieg, als es keine hegemoniale Ordnung mehr gab.
- Wie begreifen wir IP nach Fall der zwei klar konkurrierenden Blöcke? (Westen und Sowjets)
- Kooperation verschiedener Akteure (NGOs...usw.)
- Grundgedanke der Global Governance: Bearbeitung von Problemen, Vermeidung negativer Konsequenzen (wie z.B. negative Klimakonsequenzen)
- Angenommenes/ postulierte Allgemeininteresse an der Lösung von Weltproblemen (Armut, Klimawandel, Instabilität...usw.)

allgemeiner Anspruch: grenzüberschreitende Probleme benötigen grenzüberschreitende Lösungen → es braucht für globale Probleme auch globale Lösung

- Angenommener Prozess der ökonomischen Globalisierung → Politik bleibt Nationalstaatlich → Zusammenschluss der Regierungen um Globalisierung zu re-regulieren → Handlungsfähigkeit der Staaten wiederherstellen → Abgabe der Souveränität im internationalen Bereich → durch EU → dadurch wird Österreich im internationalen Feld handlungsfähig
- dazu (weniger Klimapolitik)
- Re-Regulierung der ökonomischen Globalisierung
 - damit auch: Wiederherstellung staatlicher Handlungsfähigkeit

Kritik an Global Governance

- Problemlösungs-Bias (R. Mayntz) → Vorstellung: es müssen dauernd Probleme gelöst werden → Nicht-Problemlösung findet dauern statt → selektive Problembearbeitung
 - Wie werden Probleme behandelt, wie umfassend? (End-of-pipe (z.B. CO2 Filter) vs. Back-to-the-roots (Wirtschaft umkrempeln)) oder Problemverschiebung in die Zukunft
 - Fokus auf weißes, männliches Expertenwissen aus dem Norden → Wissen aus den relevanten Feldern wird ausgeblendet (Biodiversität im Amazonas) → lokales Wissen an den Rand gedrängt
 - wenig Bezug auf sozio-ökonomische Verhältnisse und gesellschaftliche Strukturmuster → was sind die kapitalistischen und expansiven Dynamiken, dass der Klimawandel so schnell voranschreitet? → damit verbundene soziale Auseinandersetzungen → vgl. dazu etwa feministische Staatstheorie
 - Fokus auf Problemlösung verstellt Blick auf sozio-ökonomische Ursachen → kapitalistische expansive Praktiken und Einflussnahme auf Staat und Politik? Fragen nach Strukturmustern!
 - Klassisches Muster von Ausbeutung von Macht und Unterschied → Unterschätzt „klassische“ Ausübung von Macht → Trump Austritt aus Klimaabkommen (new imperialism)
 - gesellschaftstheoretisch wenig explizit (eher institutionalistisch)
 - Machtfragen werden durchaus gesehen
 - Herrschaft als Modus des Staates (Herstellung von Ordnung, Durchsetzung von Regeln) - aber nicht soziale Herrschaft

Kritische Staatstheorie als Teil kritischer Gesellschaftstheorie

- Empirische Arbeiten brauchen einen gesellschaftstheoretischen Rahmen → ein einfaches Sammeln reicht nicht → braucht ein Verständnis von ges. Dynamiken von Ein- und Ausschlüssen

- konkrete Analysen nicht nur Sammeln und Interpretieren von Daten, sondern einbetten in Verständnis von Gesellschaft, Dynamiken, Ein- und Ausschließung
- Historizität der Verhältnisse – Kritik der Verdinglichung – Veränderbarkeit in Krisen, durch Konflikte und Auseinandersetzungen
 - Kritik der Verdinglichung → Gewordenheit der Verhältnisse (die sich als unveränderlich darstellen) in Frage stellen → Historizität der Verhältnisse → veränderter Anspruch
- Kritik an (nur) kleinteiligen Analysen und Management-Perspektiven (Governance) – sind oft macht- und herrschaftsblind
- Kritik des Fortschritts → traditionelle Modernisierungstheorie in ihrer Ambivalenz der Dynamiken sehen (Fortschritt und gleichzeitig Rückschritt – Handy) → Wohlstand und ökologische Krise
- Kritik der Naturbeherrschung – ökologische Krise
- Immer auch Wissenschaftskritik → wir sind nicht objektiv → wir sind Teil der Gesellschaft, Umstrittenheit anzuerkennen und immer fragen, wie entsteht Wissenschaft, welche Interessen stehen dahinter → Herrschaftsverhältnisse und Machtkonflikte
- Kritik der Objektivität: eigene Beobachtungs-Position reflektieren Wissenschaft als Kritik - Kritik der Wissenschaft
- In größere Globalisierungsdynamiken eingebettet, wird in Subjektivität der Menschen eingeschrieben (Geiz ist geil)



historisch-materialistische Staatstheorie

- Staat als politische Form der kapitalistischen Produktionsweise: Sicherung allgemeiner Reproduktionsbedingungen, Regelsetzung für Konkurrenz (insbes. für Ökonomie) ... zwischen Partikular- und Allgemeininteressen → Staat wird verdinglicht → es muss im gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhang gesehen werden → Staat als Absicherung der Reproduktionsbedingungen (Gesetze...), Regulierungen von Konflikten zwischen Politiker- und Allgemeininteressen (hohe Gewinne vs.
- Staat ist in seinen kap. Strukturen auf gedeihende Ökonomie angewiesen, aber nur begrenzt weit globalisiert → eng mit Ökonomie verbunden (z.B. Steuern, Wachstum, Verteilung)
- Mittel: Gewaltmonopol, Recht, Geld, Diskurs, Anerkennung, Integration in Weltmarkt (alles historisch variabel) → Staat darf legitim physische Gewalt anwenden
- (National-)Staat (als Machtmonopol und auch Fläche) Teil eines fragmentierten und konkurrenten Weltsystems → weltweit
- Staat nicht neutraler Akteur (ges. Allgemeininteresse) oder Instrument herrschender Kräfte, sondern soziales (Kräfte-)Verhältnis → ist nicht neutral, muss in engem Zusammenhang mit Gesellschaft, Natur... verstanden werden, Staat nimmt auf, was in Gesellschaft ist → Staat hat Bias
- Staat als asymmetrisches Terrain zur Austragung sozialer Konflikte und Verstetigung von Interessen → Staat ist Verdichtung materieller Verhältnisse (soz. Verhältnisse schreiben sich in den Staat ein) → Terrain zur Konfliktaustragung (z.B. Sozialpartnerschaft) Terrain ist eher offen für Pro-Wettbewerb/Wachstum als Pro Verteilung
- Staat in seinem Funktionieren agiert in einer strategischen Solidarität → nur bestimmten Interessen wird zugehört, was kann bsp. AK da bewirken?
 - Apparate bilden strategische Selektivität gegenüber unterschiedlichen Kräften heraus
- integraler Staat („Zivilgesellschaft“, inkl. Ökonomie) schafft „Korridore“ legitimen Staatshandelns → Hegemonie → Herrschaft durch breiten Konsens (Wachstum, Rassismus) → Hegemonie Korridor des erweiterten Staats versteckt
- analytisch: nicht nur den Staat, Parteien etc. analysieren, sondern auch die sozio-ökonomischen und kulturellen Kontexte
- → was heißt das für die Analyse von Umwelt- und Klimapolitik?

Internationalisierung des Staates

- Nicht nur Nationalstaat, sondern auch innere Strukturen internationalisiert, in Staat und Gesellschaft eingelagert → weder Abschied vom Nationalstaat noch globaler Staat
 - weder „Abschied vom Nationalstaat“ noch „globaler Staat“ (Clyde Barrow)
1. Globalisierung - veränderte Raum- und Kräfteverhältnisse
 - a. Globalisierung ist ein Prozess des Nachkriegskapitalismus (70er)
 - i. Darum: Versuch der Wiederherstellung wirtschaftlicher Dynamik und Profitabilität
 - b. Veränderung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung
 - i. Aufstieg von China ab 90ern → Auslagerung dahin → niedrige Lohnkosten → Veränderung der internationalen Arbeitsteilung
 - c. Wettbewerbsorientierung und durch die Digitalisierung neue Produktions- und Konsumnormen
 - d. Intensivierung der „imperialen Lebensweise“
 - i. Im Alltag: Globalisierung: billiges Fleisch, Handys, Kleidung → schreibt sich in Alltag ein und ist attraktiv
 - e. teilweise: Akkumulation durch Enteignung als Teil der Suche nach Profitabilität
Privatisierungen, Kommodifizierung
 - i. Landgrabbing, Wasserprivatisierung; Globalisierungsprozess aus sich selbst heraus begreifen → Interessen, Machtverhältnisse, damit Governance auch effektiv sein kann → begreifen was die Ursachen sind → Zentralität von Nationalstaat

These: Nationalstaat bleibt zentral, verändert einige Funktionen!

2. Transformation von Nationalstaaten – Barrow, S. 128f.
 - a. „internal restructuring of state apparatus“; „state as mediator“
 - i. Wie werden Apparate auf- und abgewertet werden (Schwächung von Ministerien im Sinne des Wachstums) → Staat als Mediator zwischen den Weltmarktanforderungen und internen Anforderungen
 - b. „internationalisierte Wettbewerbsstaaten“ (J.Hirsch)
 - i. Kapital anhäufen, um Wettbewerbsfähig zu sein und so andere Politiken formuliert
 - c. „autoritärer Etatismus“ → Staat wird wieder autoritärer (Poulantzas) heute, gepaart mit Entdemokratisierung (Postdemocratic) – „Staatsprojekt“ ist weiterhin neoliberal Politik zu machen (nach innen) und teilweise nach außen merkantilistisch → Wachsumszwänge?

3. internationale Ebene / Institutionen wichtiger
 - a. states „as authors of a new global regime“ (L. Panitch)
 - i. Welche Interessen bestimmen Regime
 - b. Funktion für kapitalistische Reproduktion
 - i. Welche Funktionen haben diese internationalen Institutionen für kapitalistische Reproduktion, internationale Wettbewerbsregeln, Austragung von Konflikten (Schiedsgerichte der WTO, Klimarahmenkonventionen)
 - c. Austragung politischer Konflikte zwischen Staaten und anderen Kräften – „globaler Konstitutionalismus“ (St.Gill), WTO, NAFTA
 - i. „globaler Konstitutionalismus“ → Versuch eine neoliberale globale Wirtschafts-„Verfassung“ zu verfassen, aus der man nicht mehr rauskommt → Freihandel international festgeschrieben
 - d. einige Nationalstaaten wichtiger
 - e. „materielle Verdichtung“ sozialer Kräfteverhältnisse „zweiten Grades“ → Institutionen verdichten sich Kräfte → einzelne Nationalstaaten und Konzerne, NGOS
4. Asymmetrie → enorme Rolle der USA → Europa im Windschatten (TTIP) → überragende Rolle des US-Staates - Barrow: new American superstate, EU-Europa im Windschatten (TTIP), aktuell mit Trump-Regierung

Literatur Borrow (2005)

1. Was ist die Grundaussage des Textes?

Die Restrukturierung des Nationalstaates bringt seine Internationalisierung, Denationalisierung und Entstaatlichung mit sich, kann aber keines Falls mit einem Rückgang/Ende/Rückzug des Staates gleichgesetzt werden.

Nationalstaaten beugen sich auch nicht passiv der Macht des globalen Marktes oder transnationalen Unternehmen, sondern sind von weiterer zentraler Bedeutung für die ökonomische Globalisierung. (p. 144f)

Sie sind die principal agents der Globalisierung (ideologische Unterwerfung /Entmächtigung Arbeits- und nicht-kapitalistischen Institutionen) → labor und alle social groups that are in retreat – not the state. Staaten werden global in das System des „neuen Imperialismus“ eingebettet. (p. 145)

Nationalstaaten sind die principal agents der Globalisierung (p. 123, Abstract)

Nationalstaaten sind der Garant für politische und materielle Bedingungen, die für die globale Kapitalakkumulation notwendig sind. (p. 123, Abstract)

Globalisierung ist eine neue Form des amerikanischen Imperialismus. (p. 123, Abstract)

2. Internationalisierung des Staates bei Cox, Borrow?

Cox

Internationalisierung des Nationalstaates durch Gesundheits-, Bildungs-, Wohlfahrtsstaats- und Steuerreform als auch durch Restrukturierung des Staatsapparates (Dezentralisierung, Deregulierung, Privatisierung). (p. 127f)

In 3 Prozessen:

1. Zwischenstaatliche Konsensbildung in einem common ideological framework
2. Hierarchisierte Strukturen der Beteiligung in der Konsensfindung
3. Interne Staatsstrukturen restrukturieren, so dass globaler Konsens in nationale Politiken umgewandelt werden kann

Staat als „transmissional belt“ von globaler zu nationaler Ökonomie. (p. 128)

Borrow

Reartikulierung des Ökonomischen und Politischen in eine neue Staatsform, welche weiterhin international strukturiert wird durch eine kontinuierliche Hegemonie der USA in diesem zwischenstaatlichen System. (p. 140)

Amerikanischer „Superstaat“ mit Mitteln seiner Macht auf globaler Ebene zu projizieren → intra-class conflicts → Verrat der Funktion des Superstaates die globalen Interessen des Kapitals in einem internationalen Regime der Akkumulation voranzutreiben. (p. 141)

Eher Denationalisierung des Staates → Wandel zu einer neuen Form des kapitalistischen Staates. (p. 142)

3. „Neuer Imperialismus“ und Verschiebung weg vom US-dominierten Imperialismus

= direktes Eindringen von US-Kapital in fremde soziale Formationen, welche die Umstrukturierung von ökonomischen, politischen und ideologischen Beziehungen innerhalb der Nationalstaaten und ihrer untergeordneten Artikulationsmacht gegenüber dem amerikanischen Superstaat. (p.125)

America first → Fokussierung auf sich selbst, China und Russland dehnen sich wirtschaftlich aus.

Rückzug US-Streitkräfte (Syrien) unter Trump, Afghanistan

Rückzug aus internationalen Verträgen (Paris), Handelsabkommen

9. Einheit – kritische Staatstheorie und Internationale Politische Ökonomie

1. Global Governance: begriffliche Stärken, zeitlicher Kontext der Entstehung, was bringt er heute?

Entstehung

Entstehung im Rahmen der neoliberalen Globalisierung und dem damit einhergehenden umkämpften und herrschaftlichen Transformationsprozess, welthistorische Umbrüche 1989 (Ende Kalter Krieg) → „große Frage“ des Kalten Kriegs verstärkte Aufmerksamkeit → Weltkonferenz der UNO (begann mit Konferenz zur Umwelt & Entwicklung UNCED 1992). (p. 2)

Stärken

Fokussiert auf Fragen effektiver und legitimer politischer Steuerung (institutionalistisch) → zeigt Veränderungen der Formen staatlichen Regierens → es kommt zu einer räumlichen Auffächerung politisch-institutioneller Strukturen und Prozesse „oberhalb“ und „unterhalb“ des Nationalstaats. (p. 2-3)

Betont Partizipation nicht-staatlicher Akteur*innen an Politikprozessen. (p. 2)

Blick auf Regierungsleistungen im Sinne von der Bereitstellung kollektiver Regeln und öffentlicher Güter auch in prekären staatlichen Institutionssystemen. (p. 2)

Begriff bezieht sich auf sich verändernde policies, polity und policy. (p. 3)

Thematisierung der wechselnden Bedeutung der internationalen Politikebene und ihrer Akteur*innen. (p.3)

2. Stärken und Schwächen Neo-Gramscianischer Internationaler Politischer Ökonomie

Stärken	Schwächen
Ausdifferenziertes begriffliches Instrumentarium zur Konzeptionalisierung von Handlungsebenen sozialer Kräfte. (p.13)	Vernachlässigt Widerspruch zwischen Repression und Zwang als reale oder potentielle Gewalt und aktive/passive Akzeptanz und Alternativlosigkeit schwächerer politischer Akteur*innen (Alltagsleben und Subjektivität). (p.4f.)
Hegemonie als komplexe Konstellation von Handlungsformen und Strukturmustern. (p. 13)	Klassen werden analytisch gegenüber Staaten privilegiert. (p. 5)
Permanente Veränderungen und Kämpfe finden auf allen Ebenen statt. (p.13)	Internationalisierung des Staates als Komplement zur Internationalisierung der Produktion gesehen & internationale politische Institutionen und Organisationen mehr oder weniger als Instrumente der herrschenden Klassen und ihrer Strategien verstanden → Aktive Rolle des Staates und gesellschaftliche Kämpfe werden unterschätzt. (p.6)

3. Fokus feministischer Perspektiven internationaler Politik

- Reformierung von Männlichkeitsmustern / von hegemonialer Männlichkeit (p. 9)
- Verweis auf Geschlechterblindheit der IPÖ → diskursiv und institutioneller Ausschluss aus Entscheidungsprozessen → nicht nur der Globalisierung äußerlich (p.13)
- Ermöglichung internationaler Arbeitsteilung über Geschlechterverhältnisse (p.13)
- Fokus auf mikrosoziale Ebene des sozialen Handelns. (p.13)
- Materialität des Staates entwickelt sich multiskalar. (p.13)
- Berücksichtigung der Strukturmerkmale sozialer Herrschaft, gegen Klassen- und Elitenfixierung neo-gramscianischer IPÖ (p. 8)

- Erweiterter Politik- und Ökonomiebegriff → öffentlich vs. Privat → Rolle politischer und gesellschaftlicher Institutionen systematisch berücksichtigt. (p. 9f.)
- Vorschlag zu Fassung des Staates als soziales Verhältnis → Maskulinität und Geschlechterverhältnisse in kapitalistisches Lebens- und Denkweisen tief in Staat eingeschrieben und vergeschlechtlichen dadurch den Staat.

4. Grundgedanken der „Empire“-These: was wird dadurch erhellt?

- Umkämpft und gleichwohl herrschaftlicher Charakter des Globalisierungsprogrammes. (p. 7)
- Betonung der Rolle von sozialen Auseinandersetzungen und Subjektinhalten für die Veränderung der letzten 30 Jahre → Bedeutung der Kämpfe der Beherrschten für die Strukturierung sozialer Verhältnisse. (p. 13)
- Formuliert eine Art Anti-These zu Global Governance
 - Nehmen Sicht der kämpfenden Subalternen (Multitude) im Prozess der neoliberalen-imperialen Globalisierung ein → MigrantInnen, prekäre Lohnabhängige, Landlose, im informellen Sektor Tätige und/oder als organisierte politische Gruppen → wehren sich gegen die Zumutung der Globalisierung. (p. 6)
- Empire = unbestimmte Netzwerk-Macht, mit der sich Bedingungen radikaler emanzipatorischer Politik ändern → unbestimmt, weil noch im Entstehen
- Staat spielt keine Rolle, hat nur Funktion als Vermittler und Konfliktterrain zwischen den Klassen und anderen gesellschaftlichen Kräften auf. (p. 6)
- Keine Konkurrenz imperialistischer Mächte in internationalen Herrschaftsverhältnissen mehr. (p.6)
- Verschiebung der Souveränität von den Nationalstaaten zu einer über die Nationalstaaten hinausgehenden Ordnung. (p. 7)
- Wäre ohne produktive, kreative Kraft der Multitude gar nicht möglich, schwächt diese aber auch in ihrem kritischen Potential. (p. 7)
- Trennung von Politik und Ökonomie aufgehoben → Gesamtkapital und keine Konkurrenz der Nationalstaaten mehr. (p. 8)

10. Einheit – Internationale Politische Ökologie – das Beispiel der Krise der Automobilität

1. Was unterscheidet die Perspektive der Internationalen Politischen Ökologie von anderen Theorieansätzen der IP am Bsp. Klimapolitik?

1.1 Problemstellung: Klimakrise

Neue Studie zur Klimakrise wie sehr gewisse Nationalstaaten von der Klimakrise betroffen sind: an zwei Faktoren gemessen → 1. Anzahl der Todesfälle und 2. Wirtschaftlicher Schaden gemessen am BIP.

Kritik daran: gewisse Faktoren nicht berücksichtigt: Zugang zu Wasser, Hungertot, Mangelernährung

- Karte 1999-2018 → Südostasien und -afrika, F, D, Portugal, stark betroffen → Verschiebung Indien, Kanada und USA im Jahr 2018
 - 2018 Japan von 36 auf Platz 1 der Betroffenen
 - Mittlerweile auch globaler Norden immer stärker betroffen
 - Karte Zeigt Auswirkungen von 1°C Erwärmung in Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter → jedoch bis 2050 bis zu 3-4°C Erwärmung
 - Handlungsbedarf → gestiegene Salienz

1.2 Theorien der IP

Neo-Realismus: „Climate Security“ im Vordergrund

- Grundannahme: Fokus auf Nationalstaat als einheitliche Akteur*innen mit kohärenten, einheitlichen Interessen
 - Was innerhalb der Staaten passiert findet weniger Beachtung: Ausbeutung, zivilgesellschaftliche Organisationen, Konflikte → black boxes
- Ausgehend von anarchischem internationalem System (keine verbindlichen Regeln und wenn es welche gibt, halten sich Staaten nicht daran), Staaten handeln nach ihren eigenen Interessen und versuchen diese zu maximieren.
- Fokus auf Sicherheitspolitik, weil Staaten immer in Unsicherheit agieren in der IP, müssen sie auch immer um ihre Sicherheit besorgt sein.
- Konsequenzen für internationale Klimapolitik
 - → Klimakrise wird als Bedrohung von Nationalstaaten wahrgenommen!

- → Skepsis gegenüber internationalen Lösungsmöglichkeiten der Krise, weil man sich nicht auf andere Staaten verlassen kann. → Bsp. Kein Mandat für Sicherheitsrat bei der UNO
- → Wie kann man dieser Bedrohung mit militärischen Mitteln begegnen?
- → 70% der Nationen nehmen Klimakrise als Bedrohung für nationale Sicherheit wahr (2014)
- → dementsprechend Lösungsansätze auch medizinisch und militärisch

Neoliberaler Institutionalismus (Regimetheorie und Global Governance)

a) Staaten streben nach absoluten Gewinnen und Interessenmaximierung (kritischer Blick auf Kooperationen) → aber durch Regime möglich Kooperationen zu ermöglichen

- Regime: normen- und regelgeleitete Formen der Kooperation zur politischen Bearbeitung von Problemen und Konflikten in verschiedenen Bereichen der politischen Beziehungen (Brand 2011)
 - Z.B.: Grenzregime, Waffenpolitik, Welthandelsregime
- Vier Dimensionen von Regimen (vom Allgemeinen zum Konkreteren)
 1. Prinzipien / geteilte Grundannahmen: es gibt so etwas wie Klimawandel, wird durch Treibhausgase verursacht, menschengemacht
 2. Normen: allgemeine Verhaltensstandards: wie dem begegnet werden soll: CO₂-Ausstoß reduzieren
 3. Regeln: Spezifische und überprüfbare Verhaltensvorschriften → Messung und Kontrolle der Normerfüllung, compliance → Kyoto Protokoll, Pariser Klimaabkommen → Höchstmengen, Standards für Messung
 4. Verfahren: gemeinsam verabredete Prozedere, Regeln für den Umgang mit den Regeln eines Regimes → Streitschlichtung, Veränderung, Erweiterung des Regimes → Konkrete Umsetzung durch flexible Mechanismen, Überprüfung auf regelmäßigen Konferenzen → „flexible Mechanismen“ → Zertifikatshandel, keine absoluten Zahlen müssen eingehalten werden, Treffen zu Klimakonferenz
- Konsequenz für int. Klimapolitik:
 - Durch Regime Klimakrise begegnen, aber trotzdem immer noch Nutzenmaximierung
 - Rio-Konferenz 1992 (Klimarahmen) → 1995 Kyoto-Protokoll aber erst 2005 ratifiziert (Reduktionsziele) bis 2012 sind inoffiziell weiterlaufen lassen bis 2020 → 2015 Pariser Abkommen → ab 2021 wirkungsvoll
 - Bearbeitung der Klimakrise mittels internationaler Kooperation in Regimen

- Institutionalisierung der politischen Bearbeitung von Problemlagen fördern Klimarahmenkonvention
 - dahinter: Interessenmaximierung von Staaten

b) Klimagovernance / Climate Governance

- stärkerer Fokus auf Prozesse zur Koordinierung und Problemlösung
- geht um Interaktion von Staaten und zivilgesellschaftlichen/ wirtschaftlichen Akteur*innen z.B.: Unternehmen, interstaatliche Organisationen (WHO), lokale und staatliche Regierungen, Wissenschaft, Vertretung von indigenen Gruppen, Gewerkschaft → nicht mehr nur um Nationalstaat
 - Unternehmen und zwischenstaatliche Organisationen viel Einfluss im Agenda-Setting / Beeinflussung von Entscheidungsträger*innen, Wissenschaft → policy → Machtungleichgewicht im Outcome → Wirtschaft obsiegt
- Kritik:
 - Problematische Form der Problembearbeitung mit marktförmigen Instrumenten, die per se als Fortschritt betrachtet werden
 - marktförmige Mechanismen (Zertifikatshandel) fruchtet nicht wirklich → Ziele werden nicht erreicht, nur 09 gesunken
 - weitgehend ineffektiv, um Ziele einzuhalten
 - Herrschaftsblind?
 - blendet Interessensgegensätze und Macht- und Herrschaftsverhältnisse aus Gute Lösungen für wen?
 - Menschenrechtsverletzungen, Vertreibungen → Stichwort ‚green grabbing‘
 - Wachstum und Fortschritt werden nicht in Frage gestellt, globaler Süden aus dem Blick genommen
 - EU-Klimaziele bis 2030: die meisten Staaten verfehlen die Ziele (orange) → Gefährdung der Chance des Planeten sich wieder zu erholen → high risk: Artenvielfalt, Boden, Kulturen
 - „Wir können die Welt nicht retten, indem wir uns an die Spielregeln halten. Die Regeln müssen sich ändern, alles muss sich ändern, und zwar heute.“ (Greta Thunberg)

c) Politische Ökologie (nimmt IPÖ und kritische Staatstheorie mit auf – Konnex)

- Fokus: „herrschaftskritische Problembetrachtung von Umweltkrisen, Umweltrisiken und Umweltkonflikten“
- Prozesse sind in herrschaftskritische Perspektive eingebettet → Umweltrisiken sind konfliktiv

- Kritik an gängiger Umweltforschung
 - Die Verwendung monokausaler und deterministischer Erklärungsansätze
 - PÖ lehnt das ab → Bsp: Bevölkerungsanstieg ist nicht gleich CO2 Anstieg → wer verursacht Emissionen und wer trägt die Kosten?
 - Die zu geringe Beachtung der politischen und strukturellen Bedingungen sozial-ökologischer Phänomene
 - Die Vernachlässigung globaler Ungleichheitsverhältnisse
- Perspektive auf Klimakrise: eingebettet in gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse
 - Überlappung von Diskriminierungsformen: Klassismus, Rassismus, Sexismus
 - Kritische Staatstheorie
- Eingebettet in strukturelle Zusammenhänge: „Great Acceleration“ – die große Beschleunigung → seit 1950 Ressourcenverbrauch, Materialverbrauch, Wirtschaftswachstum „schießen nach oben“ → Globalisierung kap. Produktionsweise über den ganzen Globus
- Belastung (Folgen des Klimawandels) und Verletzbarkeit (des Staates) (Folie 25) → auch Fähigkeit auf Belastung zu reagieren, bessere Anpassungsmaßnahmen und Fähigkeit durch Industrialisierung (z.B. Bangladesch vs. Niederlande bei Hochwasser)
- = auch noch Unterschiede durch sozialen Status auch im Globalen Norden → in Ergänzung zur globalen Ungleichheit
- Betonung der Umkämpftheit der politischen Bearbeitung → kein neutraler Problembearbeitungsprozess wie bei der Global Governance → Ungleichheit im Profit
 - Staat keine neutrale Problemlösungsinstanz (abhängig von Wirtschaft – mehr Gewicht) → imperiale Lebensweisen

Umkämpfte politische Bearbeitung (→ Unterschied Global. Gov.)

- Die Zivilgesellschaft ist kein machtfreier Raum, sondern ein Konfliktfeld, auf dem sich verschiedene Partikularinteressen ausdrücken und um ihre Verallgemeinerung kämpfen
 - Ökologische/Klima Fragen → soziale Verteilungsfrage
 - Soziale Konflikte um Zugang zu und Kontrolle über Ressourcen/Senken
Kontext: soziale Verhältnisse + Strukturen
- Aber auch Institutionen (staatlich + international) sind als materielle „Verdichtungen“ von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen zu betrachten (wo es um die Durchsetzung von Interessen und Macht geht)

- Konflikte um gesellschaftliche Naturverhältnisse: Verknüpft Alltagspraktiken mit globaler politischer Ökonomie, Produktions- und Konsumnormen (→ Imperiale Lebensweise)

2. Politische Ökologie der Automobilität

- Verankerung des ‚Systems Auto‘ in gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen (Paterson 2007, Urry 2004)
- Große Produktionsfortschritte im Fordismus (1930-70) und Fließband-Produktion → Verschärfung der Arbeitsdisziplin und Lohnsteigerung → Autos leistbarer, neue Form von Konsum → Lebensstandard
- Sektorale und räumliche Ausdehnung → wachsende Konsummöglichkeiten
- Charakterisiert durch Infrastrukturausbau, Urbanisierung, motorisierte Mobilität, Ausbau des Wohlfahrtsstaats
- Städteplanung: Parkplätze, Straßenbau → wurde zu einem der Grundpfeiler der Wirtschaft
- Dimensionen und
 - Strukturelle Rolle: staatliche Subventionen
 - Staatsinterventionen, um Auto zu privilegieren und Wachstumsanreize zu setzen
 - Sicherung Reproduktion kapitalistischer Gesellschaftsordnung
 - Legitimationsgrundlage Staat (vgl. Fordismus)
 - Schaffung automobiler Subjektivierung: Werbung mit Freiheitsversprechen und Konsumanreize
 - Dispositiv
- Fokus: wie Ausbreitung Auto verknüpft mit gesellschaftlicher Praxis der Naturaneignung
 - Abhängigkeit von der Förderung und Verbrennung fossiler Energieträger
 - Nutzung von fossilen Energieträgern und Senken (Wälder nehmen wieder CO₂ auf, so wie Moore und Acker, aber auch Ablagerung von Autoschrott) → Extraktion und Ablagerung
 - Nord-Süd-Arbeitsteilung und Produktionsbedingungen + Menschenrechtsverletzung, Vertreibung, katastrophale Arbeitsbedingungen
 - Reproduktion des ressourcenintensive Konsum- und Wirtschaftsmodells
 - Ungleichheitsstrukturen werden nicht in Frage gestellt
- Ökologische Modernisierung und Technologieoptimismus: Umstieg auf Elektromobilität und Rohstoffverbrauch

- Technologieoptimismus: Lösung durch Technologie (E-Autos): aber eigentlich nichts als ein ressourcenintensives Produktion → ändert nicht wirklich etwas

Krise der Automobilität

- Krise: „schwierige Lage, Situation, Zeit [die den Höhe- und Wendepunkt einer gefährlichen Entwicklung darstellt]; Schwierigkeit, kritische Situation; Zeit der Gefährdung, des Gefährdetseins“ (Duden) → regelmäßige Praktiken stehen zur Debatte (Konsum, Produktion...usw.)
- „In die Krise geraten immer konkrete soziale Verhältnisse, also relativ regelmäßige Praktiken sozialer Kollektive und Individuen. Krisen sind das Ergebnis von Spannungen und Widersprüchen in diesen Verhältnissen.“ (Bader/Becker/Demirovic/Dück 2011: 11)
- Multiple Krise: „historisch-spezifische Konstellation verschiedener sich wechselseitig beeinflussender und zusammenhängender Krisenprozesse“ (ibid.: 13) → Wechselseitigkeit der Krisendynamiken = Klima, Gesundheit, Ressourcenextraktion, technologischer Wandel

1. Ressourcenkonflikte

- weltweit zunehmenden Verknappung von Ressourcen und seltenen Rohstoffen
- risikoreichere und schädlichste Fördermethoden → verschärft lokale Konflikte (Gewalt) → aufgrund von ungleicher Verteilung von Ressourcen
- Kampf um Ressourcen mittlerweile zweithäufigste Konfliktursache (bpb 2018)
 - Konflikte um Ressourcen werden immer gewaltförmiger ausgetragen
 - Meist in Verbindung mit anderen politischen Konflikten
 - Entscheidend nicht absolute, sondern relative Knappheit: Verteilung der Vorkommen und Zugangsrechte sowie Nachfrage
- Auto ineffizienteste Verkehrsmittel in Bezug auf Ressourcen:
 - Durchschnittlich 45mins am Tag genutzt (3%) (MiD 2019)
 - Besetzungsgrad durchschnittlich 1,46 Personen (KBA 2018)

2. Klima

- Anstieg Treibhausgase Verkehrssektor seit 1990 um 74% Bsp. Tempo 140 km/h

3. Gesundheitsauswirkungen

- Jährlich 8.576 vorzeitige Todesfälle in Österreich durch Luftverschmutzung (Europäische Umweltagentur 2018)

- Belastung durch Verkehrslärm
 - „Verkehrslärm nach der Luftverschmutzung das Umweltproblem mit den zweitstärksten Auswirkungen auf die Gesundheit. Die Europäer verlieren jedes Jahr - konservativ geschätzt - mindestens 1 Million gesunde Lebensjahre durch die gesundheitlichen Auswirkungen von Umgebungslärm.“ (Umweltbundesamt/WHO 2018)
- 400 Verkehrstote (davon 40 Radfahrer*innen und 45 Fußgänger*innen) (BMI 2018)

4. Technischer Wandel und Auswirkungen auf Automobilbranche

- „etablierte Leitbilder der Automobilität des 20. Jahrhunderts lösen sich zunehmend auf“ (FES 2018)
- Globale Trends (z.B. Elektrifizierung, Automatisierung)
- neue urbane Mobilitätsanforderungen (z.B. Vernetzen und Sharing) Neue Konkurrenz: IT-Branche, Industriepolitik Chinas Vertrauensverlust und Imageschaden durch Dieselskandal
- „An die Stelle des fossilen Antriebs treten elektromotorische Aggregate und Speicherkonzepte, anstelle des Selbstfahrens treten die Konzepte des assistierten, automatisierten und autonomen Fahrens und anstelle des Besitzes tritt die digitale Plattformökonomie mit neuen Geschäftsmodellen und Vertriebsformen“
 - Folge: Umstrukturierungen, Stellenabbau

Wie hilft int. pol. Ökologie Entwicklungen zu verstehen und Wege aus der Krise zu finden?

- Krisendynamiken nicht getrennt voneinander betrachten → Zusammenhänge sichtbar machen → Zusammenhänge zwischen Dynamiken werden durch die IPÖko hervorgehoben → Ressourcenextraktion und Wandel in gesellschaftlichen Verhältnissen und Machtkämpfe eingebettet
- Kritisch technischem Wandel gegenüber → ändert nicht viel an anderen Dimensionen → grundsätzliche gesellschaftliche Transformation (Konsumverhältnisse der imperialen Lebensweisen) notwendig → Demokratisierung von Naturverhältnissen und Ressourcennutzung
- Anspruch: kritische politikwiss. Mensch-Umwelt-Forschung:
 - aufklärend, indem sie Macht-und Herrschaftsverhältnisse aufzeigt
 - Hinweis auf Gefahren, die von dominanter Ökonomisierung von Natur ausgehen

- Transformation, die heute notwendig ist, ist weniger ein Problem der richtigen Governance (z.B. Kyoto-Protokoll und CO2-Handel) bzw. der Entwicklung und Verbreitung technischer Innovationen (z.B. Elektromobilität)
- Vielmehr: Notwendigkeit einer grundlegenden gesellschaftlichen Transformation, welche über bestehende Produktions-und Konsummuster, Formen der Arbeitsteilung und des Austauschs mit der Natur sowie der Orientierung an Konkurrenz, Wachstum und Gewinnmaximierung hinaus geht
- → Demokratisierung Gesellschaftlicher Naturverhältnisse

Forschungsprojekt: Social-Ecological Transformation: Industrial Conversion and the Role of Labour (CON-LABOUR)

- CON-LABOUR analysiert Möglichkeiten und Hindernisse für eine sozial-ökologische Konversion der österreichischen Automobil(zulieferer)industrie sowie der Rolle von Beschäftigten und deren Interessensvertretungen in diesem Prozess.
- um Klimawandel und einem exzessiven Verbrauch natürlicher Ressourcen wirksam entgegenzutreten braucht es eine umfassende sozial-ökologische Transformation
 - „automobilen Konsenses“ muss in Frage gestellt werden → Einstiegspunkte?
- Kernannahme: Partizipation von Beschäftigten der Automobilindustrie und ihrer Interessensvertretungen (Gewerkschaften und Betriebsräte) entscheidend für die Entwicklung von Alternativen jenseits der Autoproduktion und für erfolgreiche und von einer breiten Unterstützung getragene Konversionsprozesse.
- Bestimmung von Voraussetzungen von Partizipation in industriellen Konversionsprozessen:
 - bestehenden institutionellen Rahmen,
 - Krisenwahrnehmungen und -erfahrungen von Beschäftigten
 - soziale und politische Machtverhältnisse

Literatur Bauriedl (2016)

- politische Ökologie maßgeblich von (Human)Geographie geprägt, interdisziplinär, keine single story und nicht-lineare Geschichte (p. 341)
- Kritische Mensch-Umwelt-Forschung (nicht deterministisch-funktionalistisch) mit Blick auf Herrschaftsverhältnisse (Zugang, Ausschluss / Kontrolle Ressourcen) innerhalb struktureller Hierarchisierung und globaler Machtkonstellationen und nimmt Bezug auf lokale/ transnationale Kämpfe emanzipatorischer Bewegungen. (p. 342)

- Dissens in Forschungsperspektiven: verschiedene Perspektiven auf globale Ungleichheit und postkoloniale Theorien mit Blick auf die Handlungsfähigkeit von Natur im historischen Materialismus und dem Neuen-Materialismus. (p. 342)
- Soziale Kosten in den Süden verschoben (Emissionshandel) und Risiken in die Zukunft (Bioökonomie) verlagert (p. 342)

1. Kritische Mensch-Umwelt-Forschung

- 1. Ausdruck sozialer Krisen (p. 343)
- 2. Folgen ungerecht verteilt (p. 343)
- 3. Umweltwissen ist ein politisch umkämpftes Feld (p. 343)
- Herrschaftskritischer Zugang (p. 342)
- Umwelt als dialektisches Verhältnis Mensch-Natur, entlang von Ungleichheitsstrukturen organisiert (p. 342)
- Untersuchungsgegenstände: Praktiken der Vermittlung von Gesellschaft und Natur (Deutungen von Umweltproblemen, Inwertsetzung von Ressourcen, Aneignungen von Natur und Regulationsweisen gesellschaftlicher Naturverhältnisse zeigen). (p. 342)
- Ressourcenkonflikte als Folge gesellschaftlicher Praxis. (p. 342)
- In-Blicknahme von politischen / strukturellen Bedingungen sozial-ökonomischer Phänomene. (p. 342)
 - Der Bezug auf Kämpfe sozialer und Umweltbewegungen hat bis heute großen Einfluss auf die Formulierung wissenschaftlicher Fragestellungen der Politischen Ökologie.
 - Kämpfe um Hegemonie zwischen Staat und Zivilgesellschaft (p. 343)
 - Kritik an planetarischen Grenzen → kollektive Verantwortlichkeit gegenüber einer universellen Gefahr hergestellt. Das Umweltproblem ist jedoch kein Menschheitsproblem, sondern trifft Menschen entlang von Armutsverhältnissen, Klassenverhältnissen und Geschlechterverhältnissen in unterschiedlicher Weise → Ungleichheitsverhältnisse → „Grenzen“ suggerieren, dass es jenseits von ihnen keine relevante Natur gibt → Grenzen sozial strukturiert und politisch umkämpft. (p. 344)
- naturdeterministische Definition von Ressourcenknappheit sowie die daraus abgeleiteten Praktiken (technologischer Umweltschutz, Substitution fossiler Energieträger usw.) entpolitisiert die Ursachen von ungleichem Ressourcenzugang und ungerechter Ressourcenverteilung, indem sie ihr zu Grunde liegende Machtverhältnisse unsichtbar macht. Damit werden soziale Phänomene wie Armut oder Verwundbarkeit naturalisiert. (p. 344)

- Die Politische Ökologie nimmt ökologische und demographische Dynamiken durchaus in den Blick, hebt aber deren Wechselwirkung mit globalen gesellschaftlichen und ökonomischen Prozessen hervor. Auf diese Weise geraten gesellschaftliche Naturverhältnisse des Globalen Nordens (industrielle Landwirtschaft, Nutzung fossiler Energien usw.) und deren Auswirkungen auf den Globalen Süden in den Fokus der Problemursachenanalyse. (p. 344)

2. Forschungsperspektiven

- Nord-Süd-Perspektiven, globale und postkoloniale Perspektiven
 - Neo-materialistische Entwicklungskritik als Grundstein (p. 354)
 - Ungleichheitsstrukturen als inhärenter Bestandteil des Systems → lokale Ressourcenkämpfe im Kontext globaler Arbeitsteilung und Ressourcenaneignung → Systematischer Vergleich. (p. 346)
 - Kritik der Umwelt-Gouvernementalität → umkämpfte kulturelle Praxis der Umweltpolitik → Enteignung öffentlicher Güter im globalen Süden für private Gewinninteressen im globalen Norden (p. 346)
- Green grabbing: Landnahme mit Instrumenten des politischen Umwelt- und Klimaschutzes. (p. 346)
- Carbon colonialism: Verlagerung der Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländer und die Möglichkeit der Industrieländer, Verschmutzungsrechte zu kaufen folgt kolonialen Herrschaftsverhältnissen. (p. 346)
- Imperiale Lebensweisen: extensiven Inanspruchnahme ökologischer Ressourcen → auf Peripherie angewiesen, deren Ressourcen, Arbeitskräfte und Senken sie sich aneignet. (p. 346)
- Postkolonial → Verschiebung analytischer Blick in globalen Norden in seine Reaktion der Aufforderung postkolonialer Studien die Zentralität des Wissens und ein europäisches Entwicklungsideal in Frage zu stellen. (p. 347)
- Orte, Land und Körper als verwoben in Akkumulationsprozessen, die mit Gewalt verbunden sind, aber auch Widerstand hervorbringen. (p. 347)
- Nicht nur marginalisierte Subjekte zur Sprache bringen, sondern betrachtet auch Natur als marginalisiertes Quasi-Subjekt (p. 347)
- Historisch-neo-materialistisch → unter kapitalistischen Bedingungen produzierte Natur → Privatisierung und Kommodifizierung, Monetarismus
 - Aber Aufmerksamkeit für eigenständige Produktivität von Natur schaffen (p. 347)
- New materialism → Eigenschaften und Handlungsfähigkeit von Materie berücksichtigt (p. 348)

11. Einheit: Politische Theorie – die demokratische Revolution

- Notwendigkeit: zentrale Konzepte, mit denen Powi arbeitet (Republik, Totalitarismus, Solidarität...usw.) sind neben empirischen Phänomenen auch theoretische Begriffe
 - Bsp.: woher kommt „Demokratie“? → Tradition des politischen Denkens
 - Vorstellung von „Demokratie“ nicht abgetrennt von langen Debattenraum
 - Gegen Theorieblindheit empirischer Forschung
 - Reflexionsspirale ist für empirische Arbeiten notwendig, sonst gehen sie blind ins Feld und kommen dumm heraus.
 - Schnittstellendisziplin: Interdisziplinär: Philosophie, Geschichte, Soziologie, Powi, Wirtschaftswissenschaften → Politische Theorie
- An der Uni Wien: Verbindung zu Philosophie besonders stark → aus philosophischer Lehrkanzel hervorgegangen (Professur der „Philosophie der Politik – und Ideologiekritik“ 1968) → Institut für Theorie der Politik 1971 → Umbenennung in Institut Powi 1977 als kombinationspflichtigen Studienrichtung → 1975 Stawi (juristisch)
 - Zentrale Bedeutung als Kernbereich
 - Professuren Boom ab 1979 → „Nachkriegserfindung“ aber gering in Österreich

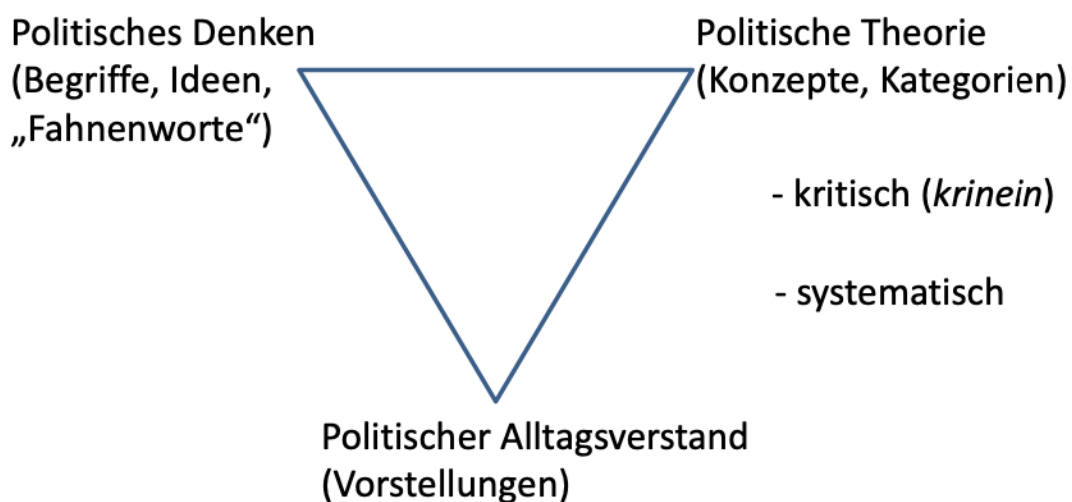
Perspektive und Schwerpunkte des Wiener Lehr- und Forschungsbereichs „Politische Theorie“:

- Politische Ideengeschichte (Kernbereich) → um auch Ideologie zu verstehen
- Demokratietheorie, insbesondere Republikanismus und Theorien radikaler Demokratie (Verbesserungsfähig → Repräsentationskrise, Partizipationskrise → Demokratisierung der Demokratie)
- Theorie Sozialer Bewegungen (Demokratisierungsproteste) → Verbindung radikaler Demokratietheorie und Bewegungen
- Populismustheorie: weshalb gibt es so ein Phänomen? Antidemokratisch?
- Postmarxistische Theorien, Poststrukturalistische Politische Theorie
- Politische Diskursanalyse → Möglichkeit solche Fragen zu stellen und zu analysieren

Spannungsfeld politischer Theoriebildung

- Meiste Begriffe kommen aus politischen Diskursen → kommen auch in Gedächtnissen der Menschen vor (Vorstellung von Gerechtigkeit) als Vorstellungen → Politik arbeitet wiederum mit diesen Vorstellungen und unterschiedlichen Definitionen der Begriffe durch unterschiedliche Akteur*innen.

- Politische Theorie versucht zu konzeptualisieren und in ein strukturiertes Gebäude zu bringen und zu argumentieren welche Vorstellungen tragfähig / konsistent / wünschenswert sind
- Politische Theorie schafft ein argumentatives / kohärentes Gebäude aus Konzepten und Kategorien auf eine kritische Art und unterscheidet auf systematische kohärente Weise
- Definition „politische Theorie“ = kritische und systematische Untersuchung politischer (Ordnungs- und Begründungs-)Prinzipien
- Theorie/Praxis-gap
 - Politische Theorie und Praktiken der Politik können nicht entkoppelt werden, denn jede politische Praxis ist in irgendeiner Art auch theoriegeleitet: Theoriearbeit soll dazu verhelfen, komplexe Vielfalt gesellschaftlicher und politischer Erscheinungen zu verstehen, zu deuten und zu systematisieren. Jede anspruchsvolle Theorieforschung setzt daher sorgfältige Begriffs- und Theoriearbeit voraus, die wiederum nur so überzeugend sein kann, wie diese Theoriearbeit überprüfbar und anschlussfähig bleibt an gesellschaftliche Realitäten und Erfahrungen.



Realistische und normative politische Theorien

- Umkämpft, uneindeutig und unterschiedlich informiert
- 1. Deskriptiver Begriff: realistische Einschätzung des politischen Handelns → deshalb IST-Fragen
 - a. z.B. Macchiavelli → nicht moralisch, sondern tatsächlich
- 1. Politik = Streben nach Machtanteil aber Beeinflussung durch Machtverteilung → nüchternes Verständnis

- a. „‘Politik‘ würde also für uns heißen: Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung, sei es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen, die er umschließt.“
 - b. „Wer Politik treibt, erstrebt Macht: Macht entweder als Mittel im Dienst anderer Ziele (idealer oder egoistischer), - oder Macht ‚um ihrer selbst willen‘: um das Prestigegefühl, das sie gibt, zu genießen.“
 - c. Wer Politik treibt, erhebt Macht (= als Mittel, prestigegefühl) → kein moralisches Einschwören (Max Weber 1988)
2. Normativer Begriff: wie SOLL etwas sein?
 2. Politik = Handlungsform, die Normen/Werte verwirklichen will oder an diesen ausgerichtet ist
 - a. Ziel ist der Friede → normative Wertsetzung von Sternberger
 - b. Der Gegenstand und das Ziel der Politik ist der Friede. Das Politische müssen und wollen wir zu begreifen versuchen als den Bereich der Bestrebungen, Frieden herzustellen, Frieden zu bewahren, zu gewährleisten, zu schützen und freilich auch zu verteidigen. Oder, anders ausgedrückt: Der Friede ist die politische Kategorie schlechthin. Oder, noch einmal anders ausgedrückt: Der Friede ist der Grund und das Merkmal und die Norm des Politischen, dies alles zugleich.

Literatur Tully (2009)

1. Welche Idee von Politischen Theorien (Philosophie) vertritt Tully?

- Praktischer, kritischer und historischer Ansatz (p. 18) → als kritische Praxis gedacht → umfasst Politik und Ethik → es geht darum Vielfalt aufzuzeigen, zweifelhafte Aspekte zu hinterfragen und dadurch eine Entfernung von einer Klassifizierung (p. 29)
1. Vorrangstellung der Praxis, zeitgenössische Regierungsprojekte werden problematisiert (p. 18)
 2. Bedingungen einer historisch einmaligen Konstellation auf Regierungsprodukten, deren Probleme und Lösungsansätze aufdecken → Neubeschreibung und Charakterisierung → Selbstverständnis der Menschen transformiert → interpretierend als auch kritikübend (p. 19) → methodologischer Überblick über verschiedene Lösungsansätze (p. 35)
 3.
 - a. Diskurse und Praktiken kritisch sichten, um konstitutive Bedingungen aufzudecken (Gegenwart) → hegemoniale Form des politischen Nachdenkens (p. 19)

- b. Blickerweiterung auf Geschichte der speziellen Diskurse und Praktiken (p. 19)
- 4. BürgerInnen Möglichkeiten aufzeigen Grenzen des Denkens und (Aus)handlungen zu überschreiten → aufmerksam machen (p. 19f.)
 - Ständige Kritik der Bedeutungs-, Macht- und Subjektivierungsverhältnisse, in denen wir denken und handeln. (p. 20)
 - Kritik der Praktiken der Freiheit dieses Denkens und Handelns → überprüfen und verbessern. (p. 20)
 - Traditionen des philosophischen Ethos (p. 21)
 - Erste Frage politischer Philosophie: „Wie können wir auf die merkwürdige Vielfalt politischer Stimmen und Aktivitäten eingehen, ohne diese bereits durch unsere Herangehensweise zu verzerren oder auszuschließen?“ (p. 23)
 - Nur politische Stimmen werden nicht von vorne herein disqualifiziert

2. Worin besteht die Funktion von politischer Praxis für die Theoriebildung?

- Sieht Praktiken als historisch-spezifisches Zusammenspiel unter sich, statt als übergreifenden transzendenten Rahmen → Möglichkeit der Hinterfragung zweifelhafter Aspekte
- Licht auf die Vielfältigkeit der Produkte im weitesten Sinne → werden von vorherrschenden Ansätzen ignoriert /disqualifiziert als falsch dargestellt
- In engem wie auch umfassenden Sinn erklären und verdeutlichen können
- (alles p. 29 → siehe auch p. 35)

3. Worin unterscheidet sich Tullys Ansatz von herkömmlichen Ansätzen

- Gegenwart als Ausgangspunkt → klären vor verändern von deren Verständnis (p. 43)
- Multidisziplinär als auch an BürgerInnen gerichtet → gegenseitige Einsicht (p. 43)
- Grenzen und Fehler ihrer ursprünglichen Erklärungen / Darstellungen herausfinden → verbessern → neue Probleme → weiter kritischer Ethos (p.44)
- Fragen der Politik werden als Fragen der Freiheit und nicht der Gerechtigkeit aufgefasst (p. 45)

12. Einheit – Politische Theorien – Chantal Mouffes >>Demokratisches Paradox<<

- Recap: Tully: Politische Philosophie als kritische Praxis → Ideengeschichte – historische Genese – analytische Erfassung der Gegenwart (Auffassungen, Definitionen, „Populismus“) – normative Kriterien

- Organische Theoriebildung → ziehen uns Theorien nicht aus der Nase, sondern sie entspringen aus etwas Existenten.

1. Wozu politische Theorie?

- Die Wahrnehmung von und die Reflexion über Gesellschaft und Politik funktioniert notwendig über Begriffe und Theorien. → welche Begriffe und theoretischen Konzepte verwenden wir? → kein Begriff ist neutral! (=Streitbegriff)
- Politische Theorien brauchen wir, um politische Verhältnisse zu definieren, zu analysieren und zu kritisieren. → „rechte Identitätspolitik“ → was ist das? Woher kommt das? Warum ist das problematisch?
- Berücksichtigt werden dabei auch ihre historische Genese (Ideengeschichte) also es wird versucht die Gewordenheit der Gegenwart zu verstehen und ihre potentielle Veränderbarkeit (Theorie als kritische Praxis). → Sprungbrett in die Zukunft → Gewordenheit hat eben Veränderungspotential
- = als kritische Praxis

Die politische Theoriebildung

- a) welche auf rezente Verhältnisse aufwartet → Gegenwart → ist vergänglich und zeitbedingt (soziopolitisch)
- b) vollzieht sich auf eine organisch-responsive Weise in Hinblick auf die sozio-politischen Bedingtheiten,
- c) geht mit einer Reflexion der eigenen Situiertheit der Analytiker*innen (Zeit- und Positionsindex) einher,
- d) sucht nach Möglichkeiten und Kriterien der Veränderung.

2. Mouffes Fragen in „Das demokratische Paradox“

- Was bedeutet es, sich „**heute**“ (**2000**) der Demokratie zu **verschreiben**? (mit Zeitindex versehen)
- Auf welche **Traditionslinien** können wir uns dabei berufen? (Diskussion nur möglich, wenn diese berücksichtigt werden)
- Warum wird die **repräsentativ-liberale Demokratie** von unterschiedlichen Kräften (Autoritarismus, Rechtspopulismus, Neoliberalismus) **bedroht**? (Kernpunkt der Überlegung) (Antwort ist mehr Demokratie bzw. radikale Demokratie)
- Wie können (wir als) Demokrat*innen einen **Ausweg** aus dieser **Krise** finden?

Mouffes Diagnose der Gegenwart

- Entpolitisierung der Gesellschaft durch Ökonomisierung, Bürokratisierung/ Techno (EU)kratisierung, Verrechtlichung, so dass die pol. Gestaltungskraft zugunsten entleerter Prozeduren verlorenen gegangen ist → möchte diese Gesellschaftskraft zurückgewinnen
- Jede politische Gestaltungskraft droht zugunsten entleerter Prozeduren der Selbstabwicklung negiert zu werden.

Mouffes Vorhaben

Sie verfolgt ein a) theoretisches und ein b) praktisch- politisches Anliegen.

Ad b) Das praktisch-politische Anliegen besteht darin das sozialistisch-marxistische Programm zu reformulieren und es als radikal-demokratisches Projekt zu begreifen.

- Wichtig weil sich die Linken bis in die 80er demokratischen Projekten verwehrt hat → oft mit bürgerlichen Ideologien verbunden, um demokratisch-autoritäre Strukturen zu überwinden und emanzipative Prozesse öffnen können, muss demokratische Prozesse geöffnet werden.
- Überwindung autoritärer und hierarchischer Strukturen.
- Demokratie neu und radikal verstehen (bei der Wurzel packen), sodass demokratische Verhältnisse vertieft und ausgeweitet werden können in die Arenen des Lebens → als Art der Arbeitsform/-führung
- Ausweitung und Vertiefung demokratischer Verhältnisse (von Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Volkssouveränität – ist nichts Abstraktes) auf sämtliche Arenen des sozialen Lebens.

Ad a) Das theoretische Anliegen

Kritik am Essentialismus der traditionellen marxistischen Theorienbildung → Determinismus → prophezeit Zusammenbruch des Kapitalismus ist nicht eingetroffen → Emanzipation nicht eingetreten

- Klassenreduktionismus (es gibt immer einen Klassenkampf zwischen Arbeiter*innen und Bourgeoise)
- Ökonomismus (Unter-/ Überbau)
- Geschichtlicher Determinismus (irgendwann wird die Katastrophe eintreten und die Verhältnisse werden sich ändern und es wird die absolute Emanzipation eintreten)

Rückgriff auf poststrukturalistische Einsichten:

- Poststrukturalismus: es gibt keine essentialistische Wesenheit → am Anfang ist die Differenz
- Die **spezifische Position** eines Mitglieds in der Gesellschaft ist **arbiträr** und bestimmt sich **differentiell**. → Wesenhaftes und immer abzugrenzen zu anderen Verhältnissen
- **Diese Negativität/ Differenz** ist immer ein konstitutives Element (bestimmen uns durch das, was wir nicht sind) für die Ordnung des Sozialen.
- Der **gesellschaftliche Antagonismus** kann sich in ganz unterschiedlichen Formen ausbuchstabieren. → sind aber nicht zufällig
- Die **kontingente (könnten auch immer anders sein – keine Ordnung ist naturgegeben) und konfliktuöse Verfasstheit** des Sozialen macht deutlich, dass die jeweilige gesellschaftliche Ordnung **Resultat hegemonialer Kämpfe** und eine bestimmte **Artikulation von Machtverhältnissen** darstellt.
- Jede (kontingente) **Ordnung** impliziert immer Ausschlüsse und ist daher nie neutral oder restlos inkludieren, sondern stets **machtdurchzogen**.
- Es gibt daher **kein Ideal- oder Endzustand** einer vollkommenen emanzipierten Ordnung.
- Um eine bestimmte Ordnung herzustellen, bedarf es einer **Hegemonie**, die wiederum durch **gegenhegemoniale Praxen** in Frage gestellt werden kann. → wie erzielt man das ohne fundamentalistische Elemente (z.B. Ausbeutung der ArbeiterInnenschaft?)
- Um eine **gegen-hegemoniale Bewegung** zu initiieren, braucht es **nicht mehr eine gemeinsame Eigenschaft**, sondern es muss eine **"Äquivalenzkette" gebildet werden**, die unterschiedliche politische Projekte bündelt. → unterschiedliche Forderungen zusammentragen (z.B. Friday for Future, Frauenvolksbegehren) → wie durch Infragestellung der Hegemonie → braucht kein gemeinsames Anliegen mehr (grenzen sich von etwas ab) → konstruktives Außen
 - Z.B. Friday for Future
- Die **Bündelung** vollzieht sich durch einen "leeren Signifikanten" → z.B. Greta Thunberg ist eine Projektionsfläche – nimmt Diversität in sich auf – radikale Diversität), der die Äquivalenzkette gegenüber einem **radikalen Ausschluss** ("konstitutives Außen") symbolisiert, ohne die **Pluralität der Ansätze** aufzuheben. → kann aber auch brechen (wenn schon hegemonial geworden, oder wenn gegen-hegemoniales Projekt schiefgelaufen ist)

Die moderne Demokratie

- Mouffe möchte den Typus der modernen Demokratie beschreiben:

a) Gängige Antwort:

- Größe und Komplexität der Gesellschaften
- → Repräsentation

b) Mouffes Antwort:

- Typus unterscheidet sich grundsätzlich von antiker Auffassung
- Grenzt die Überlegungen vom gängigen Antwortmuster (repräsentativ) ab → versucht andere Traditionslinien zu ziehen.
 - Demokratie besteht gerade dann, wenn der Ort der Macht nicht dauerhaft besetzt werden kann → Kontingenz und Konflikthaftigkeit werden als „Spielregeln“ akzeptiert → Veränderung wird es geben
 - 2 unterschiedliche Logiken prallen aufeinander: Liberalismus vs. Antike Demokratie:
 - Liberalismus: Laiismus, Rechtsstaat = Grundrechte qua Individuum als unantastbar über Menschenrechte, Trennung öffentlich-privat- freie Meinungsäußerung /Religionsbekenntnis, solange gesetzteskonform)
 - Demokratie: Volkssouveränität = Selbstregierung = direkt-demokratisch, politische Gleichheit = Adressant & Autor von Gesetzen und Partizipationsrecht
 - Freiheit vs. Gleichheit
- Symbolische Transformation: Demokratische Gesellschaften können mit Kontingenz und Konflikthaltigkeit produktiv umgehen;
- Sie verzichten auf einen letzten Grund: Der Ort der Macht bleibt konstitutiv leer (Lefort);
- Aufeinanderprallen zweier unvereinbarer Logiken: antike Demokratieauffassung und Liberalismus der Neuzeit.

Wodurch zeichnet sich nach Mouffe der Liberalismus aus?

- Anerkennung der subjektiven Rechte des einzelnen Individuums, die durch die Menschenrechte garantiert werden.
- Rechtsstaatlichkeit
- Laizismus (Trennung von Staat und Kirche)
- Trennung zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen

Wodurch zeichnet sich nach Mouffe die demokratische Tradition aus aus?

- Politische Gleichheit (Partizipationsrechte)
- Identität zwischen Regierenden und Regierten

- Volkssouveränität

Wie wird das Spannungsverhältnis dieser beiden „Grammatiken“ heute gelöst?

- Im Vordergrund stehen der Rechtsstaat und die Menschenrechte.
- Die Volkssouveränität – und damit die politischer Gestaltbarkeit in Form von Selbstregierung und Selbstgesetzgebung – tritt weitgehend in den Hintergrund.

Worin besteht das demokratische Paradox?

- Das demokratische Paradox besteht im unauflösbaren Spannungsverhältnisse beider Logiken.
- Freiheit vs. Gleichheit → greifen auf beide heute
- Komische Verunsicherung, die nicht aufgelöst werden kann → derzeit Tendenz neoliberal → Mouffe möchte mehr auf demokratisches Paradox rekurrieren → kann nicht auf höhere Ebene geführt werden → beständig
- Siehe Zitat für S. 26 → Freiheit und Gleichheit → macht etwas wechselseitiges → Frauenwahlrecht als Resultat aus Freiheit und Gleichheit der Männer
- Demokratie nur dann lebendig, wenn Spannung neu verhandelt wird → geht um permanente Wechselwirkung
- Die Logiken stehen einander jedoch nicht äußerlich gegenüber:
- „Man sollte die Spannung eher als etwas verstehen, das ein Verhältnis nicht des Aushandelns, sondern der Verunreinigung erzeugt, insofern jedes der beiden Prinzipien, sobald die Artikulation zwischen ihnen – wenn auch auf prekäre Weise – hergestellt wurde, die Identität des anderen verändert.“ (26 f.)
- Die Demokratie hat nur eine Zukunft und bleibt lebendig, wenn diese Spannung immer wieder neu auf unterschiedliche Weise verhandelt wird.
- Z.B. Der Ausübung der Volkssouveränität sind immer Grenzen durch die Menschenrechte gesetzt; aber Rechte sind immer gemachte und müssen interpretiert werden.

Erklärung des Niedergangs der Sozialdemokratie aufgrund von bestimmten Weichenstellungen

- Niedergang des soz.-dem. Unausweichlich, weil neoliberaler move zur Mitte → verliert Abgrenzung zu Rechts (unkennliches Konglomerat) → Antagonismus geht verloren, Interessen werden verraten → Frustration → Rechtsruck → Konsens der Mitte grundlegendes Problem

- Das Register der politischen Gleichheit wurde zugunsten der neo-liberalen Logik verlassen (Ökonomisierung sämtlicher Lebensbereiche).
- Blair, Schröder, Clinton, Klima plädierten für einen „Konsens der Mitte“.
- Die Sozialdemokratie vertrat nicht mehr die Interessen der Arbeiter*innen; diese wenden sich aus Frustration rechtspopulistischen Parteien zu.

Warum übt Mouffe Kritik an konsensorientierten Politiken?

- Konsenspolitische Ansätze sehen nicht, dass soziale Verhältnisse mittels Macht konstituiert werden. → Habermas Theorie des zwanglosen Zwangs des besseren Arguments auf Basis von Rationalität → Was ist Rationalität? → denkt nicht über Bedingtheit der Rationalität (Androzentrismus, Eurozentrismus) nach → Rationalität erschafft auch immer Ausschlüsse und ist inklusiv → verschleiert Macht und Antagonismus, schafft Post-Demokratie → wird ausgeblendet, dass sich Politik immer an leidenschaftlicher Verbindung unterschiedlicher Projekte vollzieht
- Rationalität ist nur vermeintlich neutral und inklusiv; jede Ordnung trägt Exklusionen mit sich.
- Eine Verschleierung von Macht und Antagonismus im rationalen Konsens erlaubt es auch nicht mehr, sich für eine bestimmte Politik einzusetzen (Post-Politik und Post-Demokratie).
- Mouffe plädiert für die Affirmation des Konflikts. → Dissens ist das genuin Politikum! → Demokratie lebt davon
- Politik – auch eine demokratische - muss dem Antagonismus und der Macht Rechnung tragen.
- Erst durch die Wahlmöglichkeit zwischen unterschiedlichen, sich widerstreitenden Konzepten bleibt die leidenschaftliche Bindung an die Politik bzw. an politische Projekte lebendig.
- In der (demokratischen) Politik wird die antagonistische Konzeption des Politischen (Freund-Feind-Dichotomie) nicht überwunden, sondern nur domestiziert (vgl. C. Schmitt).
- Die neue demokratische Politik besteht nach Mouffe in der symbolischen Transformation des Antagonismus in einen Agonismus:
- Die „anderen“ in der wir/sie-Unterscheidung werden nicht mehr als zu vernichtende „Feinde“ betrachtet (Antagonismus), sondern als „Gegner“ und damit als (legitime) Opponenten innerhalb eines Rechtsstaates (Agonismus).
- Die Gegnerschaft bleibt bestehen; sie muss nicht konsensuell aufgehoben werden.
- In der Anerkennung und Legitimierung von Konflikt sieht Mouffe die Eigentümlichkeit der modernen Demokratie.

- Konkurrierende Formen politischer Identifikation (liberal-konservativ, sozialdemokratisch, neoliberal, radikaldemokratisch etc.) bleiben bestehen.
- Die leidenschaftliche Bindung an das eigene politische Projekt bleibt gewährleistet.
- In Mouffes Augen verhindert die Notwendigkeit der Parteiergreifung und Konfrontation politische Apathie (vgl. Crouch).
- „Wer glaubt, pluralistische Demokratie könne je perfekt realisiert werden, transformiert sie in ein sich selbst widerlegendes Ideal, da die Bedingung der Möglichkeit einer pluralistischen Demokratie zugleich die Bedingung der Unmöglichkeit ihrer imperfekten Implementierung ist.“ (31 f.) → Demokratie darf nicht perfekt sein!

Offene Fragen:

- Es bleibt in den Ausführungen Mouffes unklar, wie die Domestizierung der Konfliktualität von einer Feindschaft (Antagonismus) hin zu einer Gegnerschaft (Agonismus) sich vollziehen soll. Wird hier ein „verfassungsmäßiger Konsens“ vorausgesetzt?
- Macht sich Mouffe nicht eines Politizismus schuldig, da sie zwar von einer „Radikalisierung und Pluralisierung der Demokratie“ spricht, sich aber lediglich auf die etablierten Institutionen bezieht.
- Was ändert sich radikal in der radikalen Demokratie? Interpretiert Mouffe nicht nur liberale Institutionen in einer forcierteren Weise ohne de facto diese Konzeption zu transformieren?
- Greift Mouffe nicht unbedarft auf den Nationalstaat zurück – ohne diese maßgebliche Institution des Liberalismus selbst noch einmal einer grundlegenden Revision zu unterziehen? Wird innerhalb des Nationalstaates der demos nicht immer zu einem ethnos?
- Müsste eine radikale Demokratisierung nicht auch das ökonomische System radikal transformieren? M.a.W.: Lässt sich überhaupt von Demokratie und Gleichheit im politischen Sinne reden, ohne die Logik des Kapitalismus zu hinterfragen?

13. Einheit – Politische Theorie – Formen der Kritik des Widerstands in der Demokratie: ziviler Ungehorsam

1. Theorien politischer Verpflichtung

- Platons Dialog Kriton ist einer der ersten Aufzeichnungen, warum und wieso es Pflicht zu Rechtsgehorsam gibt
- Gründe für Rechtsgehorsam:

- Autorität wird nicht in Frage gestellt
- Dankbarkeit für Leistungen, die in Anspruch genommen werden und von denen profitiert wird
- Stillschweigende Zustimmung zu Gesetzen / Rechtssystem
= hypothetischer Gesellschaftsvertrag (durch Nicht-Flucht)

Wellman / Simmons (2005) – Is there a duty to obey the law?

- Muss immer idealtypisch sein
- 3 Theorieformen werden unterschieden
- Diese unterscheiden sich entlang der Achse generell vs. Speziell und freiwillig vs. Nicht freiwillig:
 - Allgemeinheit / Freiwilligkeit
 - Allgemeiner genereller Anspruch = wenn für jeden (alle moralischen Wesen) gilt, qua Menschen, z.B. moralische Verpflichtung niemanden zu töten
 - Spezielle moralische Pflicht: Bindungen und Abmachungen, Verpflichtungen gegenüber „Vertragspartnern“
 - Freiwillige moralische Pflichten = bewusstes zustimmen zu einem Vertrag
 - Unfreiwillige moralische Pflichten = Bsp.: qua Geburt Teil eines Staatsgebietes zu sein
 - 4 Kombinationsmöglichkeiten, aber nur 3 Kategorien machen sinn (freiwillig-allgemein wird ausgeschlossen, weil es rein logisch keinen Sinn macht freiwillig eine allgemeine Pflicht einzugehen)
 - Speziell/unfreiwillig: assoziativ
 - Speziell/freiwillig: transaktionsbasiert
 - Generell/unfreiwillig: naturrechtlich
 - Häufig gemischt angewandt
- **1. Rechtsgehorsam als spezielle und unfreiwillige Pflicht – assoziativ**
 - Begründung in Identität → Leitfrage: Wer sind wir?
 - Geht nicht um abstrakte Pflichten und Verträge zwischen speziellen oder fremden Personen, sondern um Brüderlichkeit, Gemeinschaft und die damit einhergehenden Verpflichtungen
 - Welche persönlichen Verbindungen / Assoziationen bin ich / meine Gruppe eingegangen
 - Persönliche Beziehung zu Freunden / Familie

- Politische Verpflichtung basiert auf konkreten Beziehungsgeflechten in den sich Bürger automatisch befinden und sind maßgeblich von der sozialen Gruppe bestimmt in die wir hineingeboren werden oder seit Kindheit schon angehören
→ Rollen und Identitäten nicht bewusst ausgewählt und nicht / sehr eingeschränkt veränderbar
- Pflicht sind auf liberale Demokratie beschränkt
- Trotzdem Kritik am Ansatz → illegitimer Gehorsam in autoritären Staaten, nur weil ich in das Staatsgebiet geboren wurde?
- Ronald Dworkin:
 - "political legitimacy (...) is to be found not in the hard terrain of contracts or duties of justice or obligations of fair play that might hold among strangers, where philosophers have hoped to find it, but in the more fertile ground of fraternity, community, and their attendant obligations. Political association, like family and friendship and other forms of association more local and intimate, is in itself pregnant of obligation." (Dworkin, 1986, 206)
- Kritik: Begründet eine Pflicht zum Rechtsgehorsam gegenüber despotischen genauso wie demokratischen Staaten?
- **2. Rechtsgehorsam als spezielle, aber freiwillige Pflicht – transaktionsbasiert**
 - Leitfrage: Was haben wir getan oder bekommen? – als Austauschverhältnis
 - Aus moralisch erheblichen Interaktionen mit Staat und Mitbürgern → Vertragstheorie
 - Zwei Varianten:
 - a) Zustimmung (tatsächlich und hypothetisch): absichtliche Handhabung basierend auf freiwilliger Vereinbarung. Ich habe einem Vertrag zugestimmt, also bin ich verpflichtet. "The paradigm form of consent theory is simply, I have committed myself (consented): I am committed (obligated)." (Walzer 1970, ix f.)
 - freiwillige Zustimmung = Quelle der Rechtmäßigkeit von Regierung → moralische Forderung aufgrund Selbstverpflichtung
 - Unterschied: tatsächliche Äußerung von Einverständnis vs. Hyp. Zustimmung (unter bestimmten oft idealisierten Umständen, geht man davon aus, dass Bürger ihre Zustimmung geben würden, wenn man sie dazu auffordern würde)
 - b) Reziprozität (Fairplay und Dankbarkeit): Fairness und Dankbarkeit, weil Leistungen der Gesellschaft entgegengenommen auch Pflicht

Strafe zu stellen (Infrastruktur, Sozialleistungen), weil man könnte ja immer gehen.

"Whoever therefore [...] enjoys any part of the Land [...] must take it with the Condition it is under; that is, of submitting to the Government of the Commonwealth, under whose Jurisdiction it is, as far forth, as any Subject of it" (Locke 1960, 348, -ß120)

- Kritik: tatsächliche Zustimmung ist in modernen Staaten unrealistisch und hypothetische Zustimmung und Reziprozität erfüllen nur unzureichend das Kriterium der Freiwilligkeit.
- **Nicht freiwillige und generelle (also für alle Menschen geltende Pflicht zum Rechtsgehorsam) – naturrechtlich**
 - Leitfrage: Welche universellen, moralischen Pflichten haben wir?
 - Immerwährende Quelle der Pflichten: Gerechtigkeit
 - Ausgangspunkt: anarchischer Zustand (Mensch ist dem Mensch ein Wolf) → aus dem muss ausgetreten werden, um nicht nur sich selbst, sondern auch Mitmenschen vor Folgen eines rein eigeninteressierten Verhaltens zu schützen → dafür braucht es Recht
 - Habe Pflicht gerechte Institutionen zu erhalten und fördern qua Mensch sein
 - Kritik: Partikularität → warum Grenzen eines bestimmten Landes und nicht dem eines anderen gehorchen? → Wie kann territorialer Gehorsam begründet werden, ohne auf assoziative, transaktionsbasierte Theorien zurückzugreifen?
 - Einflussreichste Variante: Pflicht zur Erhaltung und Förderung gerechter Institutionen (John Rawls)
"First, we are to comply with and to do our share in just institutions when they exist and apply to us; and second; we are to assist in the establishment of just arrangements when they do not exist, at least when this can be done with little cost to ourselves." (Rawls 1971, 293f.)
 - Kritik: Warum sollte ich die Pflicht haben den gerechten Gesetzen eines bestimmten Staates zu gehorchen und nicht eines anderen, ebenso legitimen Staates? (Problem der Partikularität)

Alle 3 Ansätze und deren Kritiken können nicht restlos glaubhaft werden und daher nicht zufriedenstellend!

Ausweg aus der Unzufriedenheit mit obigen 3 Theorien

- Kombination dieser Idealtypen?

- Keine Pflicht zum Rechtsgehorsam → philosophisch Anarchismus = jeder existierende Staat ist erstmal illegitim, aber keine Pflicht zum Widerstand
- Hauptthese: Illegitimität aller existierender Staaten → keine Pflicht zum Rechtsgehorsam
- Aber: keine Pflicht zum Widerstand (im Gegensatz zum politischen Anarchismus)
- Stattdessen: „balance-of-reasons approach“
- A. John Simmons:
 - “Anarchist judgments of state illegitimacy typically are taken to entail that subjects of those illegitimate states have no political obligations. These subjects are, of course, still bound by their nonpolitical moral obligations and duties, and these nonpolitical duties will sometimes have the same substance as the subjects’ legal requirements.” (Simmons 2001, 107)
- Kritik: Wie folgenreich oder radikal ist der philosophische Anarchismus in der Praxis?

2. Theorien zivilen Ungehorsams

2.1 Was ist ziviler Ungehorsam

Baton Rouge, 2016 – offensichtliche Machtasymmetrie zwischen Zivilistin und Staatsgewalt;
 Rose Parks (1950 – sitzt im „weißen“ Bereich im Bus in den Südstaaten– gilt als Initiator der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung), Friedensbewegung Deutschland 1980 (Sitzblockade auf der Straße kollektiv), Atommülltransporte ins Zwischenlager Gortleben 2010 (Sitzblockade, anketten an Gleise), Dakota Access Pipeline 2016 (Natur vs. Mensch)

- Direkte Konfrontation zwischen „normalen“ Bürgern und Staatsgewalt
- Spannungsgefühl von „im Recht sein“ obwohl formal illegales Handeln vollzogen wird
- = kann rechtswidrig also ein Gesetzesübertritt sein, beruft sich aber auf den Geist der Gesetze (auf versprechen von Gerechtigkeit einer demokratischen Verfassung)
 = Spannung zwischen Legalität und Legitimität (Hannah Arendt)
- = gegen Wortlaut des Gesetzes kann ich verstoßen, aber kann mich gleichzeitig auf legitimierende Verfassungsprinzipien berufen (Gerechtigkeit)
 → ein legales Gesetz muss nicht immer ein legitimes (gerechtes) sein. (Jürgen Habermas)

2.2 Eine sehr kurze Geschichte zivilen Ungehorsams

- Geprägt von Thoreau (Schriftsteller und Philosoph) – 1847 „Civil Disobedience“ im Gefängnis geschrieben nachdem er sich geweigert hat, Steuern zu zahlen weil diese

weiterhin Sklaverei befürworteten und Krieg gegen Mexico führten → keine Unterstützung der USA durch Steuern

- Mahatma Gandhi: 1919 Unabhängigkeit von britischen Empire, ziviler Ungehorsam einer der zentralen Widerstandsstrategien → Boykott von Waren und Verweigerung der Kooperation mit britischen Behörden → Gewaltlosigkeit zentral → hier fängt dieser Mythos an
- Martin Luther King: Bürgerrechtsbewegung gegen Rassentrennung → Busboykott, Sit-ins auf der Straße → strukturelle Ungleichheit und Gewalt durch Provokation der Gegenseite offensichtlich zu machen → wollten Gegengewalt hervorrufen (der Polizei) → strategisches Instrument → **Gewalt kann legitim sein, also absolute Gewaltlosigkeit ist in Frage zu stellen.**

2.3 Die liberale Theorie zivilen Ungehorsams

- Rawls „Pflicht zur Gerechtigkeit“ 1975
- Definition = Ich beginne mit der Definition des zivilen Ungehorsams als einer öffentlichen, gewaltlosen, gewissensbestimmten, aber politischen gesetzwidrigen Handlung, die gewöhnlich eine Änderung der Gesetze oder der Regierungspolitik herbeiführen soll.
- „Das Gesetz wird gebrochen, doch die Gesetzestreue drückt sich [...] in der Bereitschaft, die gesetzlichen Folgen der Handlungsweise auf sich zu nehmen [aus].“
- Kriterien:
 - Gesetzeswidrigkeit → muss illegal sein, direkt/indirekt (auf Missstand aufmerksam machen z.B. wenn ich Straße blockiere um gegen Straßenverkehrsordnung zu demonstrieren ist es direkt, wenn ich sie blockiere um gegen Krieg zu demonstrieren indirekt)
 - Öffentlich → Chance haben von von mehr als meinen direkten Mitstreitern wahrgenommen zu werden → Appell an Gerechtigkeitssinn der Mehrheit der Gesellschaft → ist momentan wieder in Diskussion ob es wirklich öffentlich sein muss
 - Gewissensbestimmt oder politisch: zwar auf politische Überzeugung berufen, aber immer argumentative Schritte zur politischen Grundsätzen erforderlich → warum politisch relevant?
 - Akzeptanz der Strafe: ich darf mich ihr nicht entziehen → zur Abgrenzung von revolutionären Verstößen (Systemstürze) → Gesetze gebrochen, aber Gesetzestreue → Loyalität zur Verfassung, weil ich mich unterwerfe
 - Gewaltlos: drückt sonst keine Gesprächsbereitschaft mehr aus, sonst keine Neuverhandlung mehr

- Rawls: „Gewalthandlungen [...] sind unverträglich mit dem zivilen Ungehorsam als einer Art Appell. [...] er kann warnen und mahnen, aber er droht nicht.“
- Habermas: „die Regelverletzung, in der sich ziviler Ungehorsam äußert, hat ausschließlich symbolischen Charakter—daraus ergibt sich schon die Begrenzung auf gewaltfreie Mittel des Protests.“

2.4 Die radikaldemokratische Kritik

- Kritik an Gewaltlosigkeit als Kriterium für zivilen Ungehorsam (Robin Celikates):
 - 1. Begrifflich unklar: „essentially contested concept“ – es fehlt universelle Vorstellung
 - 2. Historisch nicht zutreffend
 - 3. Politisch nicht effektiv
- Gewaltlosigkeit im Zentrum, auch Öffentlichkeit (weil nicht mehr unvorhersehbar)
- Keine eindeutige Definition von „Gewalt“ → kein universelles Konzept → psychisch, gegen Dinge (Fenster, Statuen...), Mord, Selbstverletzung
- Historisch immer gewaltfrei oder Glorifizierung im Nachhinein? → braucht soziale Bewegung beides?
- Gewaltlosigkeit politisch/strategisch sinnvoll?
 - Muss immer symbolische Dimension haben (Appell an Gesellschaft) → Celikates aber ergänzt mit Moment der Konfrontation (Drohpotential durch Gruppierung die Grenzen übertreten würde) → beides notwendig für Celikates.
 - [Ziviler Ungehorsam] kann nur dann als symbolischer Protest fungieren, wenn es sich um Momente wirklicher Konfrontation, Praktiken wie Blockaden und Besetzung handelt, die manchmal Elemente von Gewalt enthalten [...]. Gleichzeitig kann es nur dann als echte Konfrontation fungieren, wenn diejenigen, die es praktizieren, sich seiner irreduziblen symbolischen Dimension bewusst sind.
 - Infragestellung dieses Gegensatzes Reform / Revolution, sondern SOWOHL ALS AUCH!
 - Falsche Dichotomie zwischen symbolischer Politik und realer Konfrontation
 - Falsche Dichotomie zwischen Reform und Revolution
- Radikal-demokratisch: Fundament einer gesellschaftlichen Ordnung nie definitiv entscheidbar → wird immer neu verhandelt / ausgehandelt → Auseinandersetzung → Konflikthaftigkeit

- = Ausdrucksform von neuer Ausverhandlung → Gleichzeitigkeit von konstruierter und konstruierender Macht (Legalität vs. Legitimität) → Aufrechterhaltung des Aushandelns
- Der zivile Ungehorsam, der sich zwischen den Polen symbolischer Politik und wirklicher Konfrontation befindet, enthüllt die Spannung zwischen institutionalisierter, konstituierter und konstituierender Macht zwischen „konstitutioneller Politik“ und „aufständischer Politik“. Diese Spannung ist jedoch die Grundlage der Demokratie - und sie hält die Dialektik zwischen diesen beiden Polen offen gegen die Behauptung, dass sie erfolgreich gelöst wurde und dass keine weiteren Kämpfe notwendig sind. (Robin Celikates, 2016)

Neue Anwendungsfelder

- Globaler Ungehorsam?
 - Bsp.: Illegale Migration als globaler ziviler Ungehorsam
 - Mögliche Probleme:
 - Wer ist der Adressat zivilen Ungehorsams? An den Gerechtigkeitssinn welcher Mehrheit soll appelliert werden?
- Digitaler Ungehorsam?
 - Bsp.: Whistleblowing
 - Mögliche Probleme:
 - Öffentlichkeit der illegalen Handlung erst im Nachhinein?
 - Vermeiden der Strafe durch Exil?

Gleichzeitigkeit der beiden Ansätze liberal und radikal-demokratisch beachten!

Literatur Celikates (2014)

- Ziviler Ungehorsam als genuine und demokratische Praxis = Dramatisierung und symbolisch Kämpfe (p. 211)
- Alle Bestandteile der Rawlschen Definition umstritten (p. 213):
 - Gewissensbestimmt? → eher auch strategisch und rein aus Selbstinteresse (Proteste gegen in der Nachbarschaft errichteten Autobahn) – (p. 213f.)
 - Richtet sich gegen den systematisch verzerrten Gerechtigkeitssinn der Mehrheit → welche Mehrheit? – (p. 214)
 - Nicht nur Überzeugung, sondern auch Erhöhung der materiellen und symbolischen Kosten für bestimmte politische Option (p. 214)
 - Legitimität des Systems → Was ist das System? (p. 215)

- Neudefinition: absichtlich, rechtswidriges, prinzipienbasiertes kollektives Protesthandeln, mit dem das Ziel verfolgt wird, bestimmte Gesetze, Maßnahmen und politische Institutionen zu verändern. (p. 215)
- Bewusst offengelassen, ob immer öffentlich, gewaltlos, nur gegen staatliche Institutionen gerichtet, in seinen Zielen begrenzt und auf Transformationen innerhalb des existierenden Systems beschränkt, sowie mit der Akzeptanz einer Strafe einhergeht. (p. 215f.)
- Bedarf eines Moments der realen Konfrontation, um Wirkungslosigkeit zu entgehen und symbolische Unterlegungskraft zu entfalten? (p. 217)
- Plausibilität der Bedingung der Gewaltfreiheit abhängig von Enge / Weite des Begriffs von sozialer, politischer/rechtlicher (Um)Definition (p. 217)
 - Gewalt im Deutschen polysem: gewaltsame Kraftanwendung (violence), Herrschaftsmacht (power, pouvoir), Metapher für besonders intensive / elementare Vorgänge (gewaltige Rede). (p. 218)
 - Verdeckung normativer signifikanter Fragen, wenn Definition Ungehorsam als gewaltfrei (p. 219)
- Verhältnis Ungehorsam – Gewalt ambivalent und Gegenstand theoretischer / praktischer Interpretation und Kontestation. (p. 220)
- Allgemeine Definition: illegale, aber legitime Dramatisierung des Spannungsverhältnisses zwischen dem positiven Recht und den vorfindlichen demokratischen Verfahren und Institutionen, sowie der Idee von Demokratie als Selbstregierung, die sich nicht im geltenden Recht und institutionellen Status qua erschöpft. (p. 221)
- = kollektive und politische Praxis der Kontestation → Konfrontation konstituierte Macht (staatliche Autorität) vs. Konstituierende Macht (Bürger/Regierte) (p. 223)

Tutorium – Begriffe

(Neo)Realismus

- Nationalstaaten (black box) streben nach relativen Gewinnen
- Sicherheitspolitik
- Kooperation ist nicht mit Gewinnen vereinbar
- Militärische Mittel gegen die Klimakrise
- Ressourcenknappheit → z.B. Bürgerkriege (Dürre, Hunger, Waldbrände, Krankheitswellen)

Neoliberaler Institutionalismus (Regimetheorie / Global Governance)

- Nationalstaaten streben nach absoluten gewinnen
- Kooperation kann über internationale Regime umgesetzt werden und es können Gewinne erzielt werden
- Klimakonferenz (intern. Kooperation) gegen Klimakrise
 - Interessenmaximierung von Staaten

Politische Ökologie

- Herrschaftskritischer Zugang
 - Analyse politischer und struktureller Bedingungen
 - Globale Ungleichheitsverhältnisse
- Umweltwissen als politische umkämpftes Feld
 - Kritik an systemkonformen Problemdeutungen
 - Imperiale Lebensweisen (vgl. S. 346)
- Verbindung von sozialen und ökologischen Kämpfen
- Theoretisches Fundament: kritische Theorie (Frankfurter Schule)

Kritik an deterministischen und monokausalen Erklärungsansätzen

- Natur ist keine „externe Kategorie“
 - Nicht unabhängig von menschlichen Verhalten / soziale Strukturen
- Ressourcenkonflikte entstehen durch ökonomisch & politisch motivierte Verknappung
- Naturdeterministische Definitionen von Ressourcenknappheit entpolitisieren ungleichen Ressourcenzugang und verschleiert zugrundeliegende Naturverhältnisse
- Mythos Überbevölkerung
- Alternative Politische Ökologie:
 - Inblicknahme gesellschaftlicher Naturverhältnisse
 - Nord-Süde-Verhältnisse

Kritisches Verhältnis zur Aufklärung und zur westlichen Philosophie

- Offener Dialog → Einsicht
- 6 Formen der Kritik
 - Standarddiskurse und -praktiken hinterfragen
- Ausgeschlossene Stimmen zu Wort kommen lassen / miteinbeziehen
- Aufklärung als kritische Haltung fortführen

4 charakteristische Merkmale der kritischen politischen Philosophie

1. Ansatz geht von der Praxis aus
 - a. Philosophisches Nachdenken über bestimmte zeitgenössische Regierungspraktiken
2. Bedingungen aufdecken → keine Theorieentwicklung!
3. 2 Schritte:
 - a. Kritische Sicht auf Diskurse und Praktiken
 - b. Erweiterung auf Diskurse und Praktiken
4. Soll den BürgerInnen eine Skizze des Handelns und Denkens vorhalten
 - a. Um sie auf die Möglichkeit der Grenzüberschreitung aufmerksam zu machen

Praktiken des Regierens

- Formen der Organisation durch die Individuen und Gruppen ihrer verschiedenen Aktivitäten koordinieren.
- Zwei Perspektiven:
 - In der Praxis umgesetzte Formen des Regierens:
 - Sprachspiele
 - Netz der Machtbeziehungen
 - Subjektivierungen
 - Freiheitspraktiken mit denen Regierte reagieren
 - Übereinstimmung mit Regeln
 - Regeln und Praxen problematisieren, verändern
 - Widerstand

Praktiken des Regierens implizieren Praktiken der Freiheit und umgekehrt.

Aktuelle Bestandsaufnahme

Eine von zwei Bestandsaufnahmen

1. Schafft Überblick über Sprachspiele
 - Probleme und Lösungsansätze zu verstehen
 - Um Debatten zu eröffnen und auf Argumente reagieren zu können.
2. Konkrete Praktiken
 - Beziehungen des Regierens und der Freiheit
 - Art und Weise wie Machtverhältnisse das Verhalten der Personen lenken und formen

Relevant historischer Bestandsaufnahmen

- Erweiterung der Kritik
 - Historische Bestandsaufnahmen der Geschichte hegemonialer Diskurse, um aufzuzeigen, dass es sich bei den gegenwärtigen Diskursen nur eine „eine Form der Praxis und Form der Problematisierung handelt“ (S. 37)
- Funktionen
 - Sprache in Kontext setzen (Diskussionen und Grammatik)
 - Horizonterweiterung durch Debatten mit Bürger*innen
- Kontingenz
 - Diskurse sind so wie sie sind aus historischem Kontext heraus, aber sie sind nicht notwendigerweise so